

Zeitschrift: Das Konzept : die Monatszeitung
Herausgeber: Verband der Schweizerischen Studentenschaften VSS
Band: 5 (1976)
Heft: 5

Heft

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 02.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

das Konzept

Erscheint monatlich an allen Hochschulen, Techniken, Seminarien und andern höheren Schulen der Deutschschweiz. Auflage 36 000

Redaktion: Konrad Fislser, Ruedi Küng, Rolf Nef, Beat Schweingruber
Inserate: Mosse-Annoncen AG, Limmattquai 94, 8023 Zürich, Tel. (01) 47 34 00
Adresse: Rämistrasse 66, CH-8001 Zürich, Tel. (01) 47 75 30
Abonnemente: pro Jhr Fr. 16.- (Ausl. 20.-)
Schüler und Lehrlinge Ermässigung

Ciba-Geigy an Arzneimittel-skandal in Japan beteiligt Seite 2

200 Millionen für die Weltbank? Entwicklungsländer kritisch durchleuchtet Seite 3

Sanftes Werben für harte Atomenergie Seite 4

Rückschritt in der Berufsbildung Stellungnahme der SGB-Jugend zum BIGA-Entwurf Seite 5

Arbeitsplätze für Kanonen Seite 6

Wirtschaftskrise und Unterdrückung in Chile Seite 7

SPK: Blick in den Nachrichtentrichter Seite 9

Revolutionsverdacht in der Schweiz?

Die Schweiz – eine Drehscheibe für die undurchsichtigen Machenschaften multinationaler Konzerne, für Waffenschieber und Kriegsgewinner, ein Hort für Flüchtlinge aus der dritten Welt. Die Schweiz, eine Nation, in der eine kleine Anzahl wirtschaftlich Mächtiger Parlament, Regierung und Verwaltung weitgehend beherrscht und vor allem der Politik gegenüber der dritten Welt den Stempel aufdrückt. So revidiert Ziegler in seiner Kampfschrift das international so prätzelnde Image der Schweiz als Hort der Demokratie und der selbstlosen internationalen Rot-Kreuz-Solidarität, als Insel des Friedens und der Neutralität. Die Schweiz, also nicht so sehr allen Verdacht erhaben, sondern höchst verdächtig.

«Gnomenkult» der sowieso schon weit verbreiteten personifizierten «Kapitalismuskritik» Vorschub. Also der oft moralisierenden Illusion, dass durch die blosse Entmachtung der Schlüsselfiguren die Struktur des Systems und die Logik seines Funktionierens verändert werden kann.

In der aus engagiert sozialistischer Perspektive formulierten Demaskierung des «heilen» Bildes der Schweiz bringt Ziegler leider kaum neue Informationen und konkrete politische Perspektiven. An welche Personen es sich dabei handelt, widersprüchlich, eher aufgesetzt denn im Rahmen einer gründlichen materiellen Analyse der wirtschaftlichen und politischen Realität «Schweiz» entwickelt:

• Nach Ziegler steuern 26 wirtschaftlich mächtige Personen die Geschichte der Schweiz (aus dem Hintergrund). Um welche Personen es sich dabei handelt, erfährt man nicht. Die Rechtsanwälte des Verlages haben kurz vor der Drucklegung des Buches die Liste – weil «juristisch zu heiss» – entfernt. Doch was tut's: Anstatt aufzuzeigen, in welcher Art und Weise die immense Machtfuldiger «Gnomens» durch die Struktur des Systems bedingt ist und diese zugleich aufrechterhält, leistet Ziegler mit seinem

• In der Widersprüchlichkeit seiner taktischen Argumentation (einerseits demaskiert er das Parlament als «gekauft», andererseits beklagt er sich, dass er in eben diesem Parlament mit seiner Grundsatzkritik «nicht ankommt»), in der messianistischen Beschwörung des grundlegenden Bruchs reflektiert sich die prekäre Situation Zieglers: ein isolierter Linksinthellektueller im Zentrum des «Monstrums», in einer Situation, in der eine sozialistische Bewegung erst (wieder) in Ansätzen vorhanden ist.

Rolf Nef

Wer bestimmt unser Gesundheitswesen?

Ärzte verteidigen ihre Pfründe

rk. Es wird in der Schweiz sehr viel von Ärzteüberfluss geredet, derweil der Patient Mühe hat, einen Arzt in nützlicher Nähe und Frist zu finden. Aber trotz dieser misslichen Situation (die auch in der Zahl der Ärzteliche festgestellt werden kann, CH 1974: 1 Arzt pro 1057 Einwohner, Norm der Weltgesundheitsorganisation: 1 Arzt pro 500 Einwohner) reagieren die

Behörden bei der Ärzteausbildung nicht mit der Schaffung von genügend Studien- und Assistenzplätzen, sondern mit Beschränkungen und Restriktionsmassnahmen (z.B. zwangsweise Studienortzuteilung, Numerus clausus). Der Artikel versucht, mit Zahlenmaterial nachzuweisen, weshalb die Standesorganisation der Ärzte ein schlechter Sachwalter unseres Gesundheitswesens ist.

Die Ärzteschaft bildet im Gesundheitswesen das mittlere und höhere Kader. Sie bestimmt über einen erheblichen Teil des Volkseinkommens faktisch ohne eine direkte demokratische Kontrolle. Die Ärzte sichern sich diese Macht durch eine hierarchisch strukturierte und autoritär geführte Standesorganisation, welche die gesamte Ärzteschaft umfasst und welcher sich auch kein Arzt bis jetzt entziehen konnte. Z. B. kann der einzelne Arzt seine Ausbildung zu den staatlich anerkannten Titeln (Spezialarzt FMH und Arzt für allgemeine Medizin FMH) nur im von der Schweizerischen Ärztesgesellschaft vorgegebenen Rahmen erwerben.

Grundlage (zumindest für den Kanton Zürich besteht keine Rechtsgrundlage vgl. Universitätsgesetz). Einige Studenten wurden zum Studienbeginn ins Weisland gezwungen – übrigens ohne eine verbindliche Zusicherung für die Fortsetzung des Studiums in den klinischen Semestern.

Trotzdem sind die Kapazitäten in der Vorklinik nicht wirklich ausgelastet: In Zürich konnten z. B. seit 1972 nie mehr als 36 Studenten ihr Studium beginnen, obwohl 1971 396 Anfänger akzeptiert wurden. 1972 wurde auch ein Plan schuldbilddig, welcher Investitionen für ca. 30 000 Fr. für Chemielaborplätze gestattet hätte, und jedes Jahr in Zürich 480 Studienanfänger ermöglichen würde.

Andere Universitäten haben ihre Anfangsplätze schon ein oder zwei Jahre früher auf einem willkürlich niedrigen Niveau gehalten, nachdem sie vorher z. T. schon grössere Anfängerzahlen bewilligt hatten. Ausser in Zürich besteht an allen Universitäten ein formalrechtlicher NC für Medizin.

In den *klinischen Semestern* ist die Situation viel schwieriger zu beurteilen und zu belegen. Die Vorlesungen dürfen zumindest in Zürich noch lange keinen Engpass darstellen; mittels Fernseh-

Monat, in dem nicht in der «Ärztzeitung» über Assistenzstellen, Ärzteüberfluss und NC geschrieben wird. Vielfach spürt man direkt die Angst um den Anteil am grossen «Kuchen», wenn Assistenten oder etablierte Ärzte beschwören verkünden, man müsse dem Andrang des Nachwuchses einen Riegel schieben.

Assistentenstellenmangel

Bis vor zwei Jahren konnte jeder frisch diplomierter Arzt in jeder beliebigen Spezialität sofort eine für die Ausbildung zum FMH anerkannte Stelle finden. Seither haben sich die ersten Anzeichen einer Stellenverknappung erstmals seit den 50er Jahren bemerkbar gemacht. Abgelagert und für die Post-graduate-Ausbildung nicht anerkannte Spitäler finden heute wieder leichter Assistenten und Oberärzte. Zukünftige Allgemeinpraktiker haben vermehrt Schwierigkeiten, eine vernünftige Post-graduate-Ausbildung zu absolvieren. Chefärzte bevorzugen zukünftige

	1973	1974	1975
Anzahl vorhandene Assistentenstellen	5500	5500	5500**
Anzahl Assistenten und Oberärzte	4186*	4489*	6200**
davon Frauen	866*	935*	—
davon mit FMH	—	534*	—
Medizinstudenten im 1. Semester	1113*	1214*	?
Diplomierungen (Staatsexamen)	673*	748*	1200**
Anzahl Ärzte in freier Praxis	5900*	6085*	7300**
Einwohner pro prakt. Arzt	1082*	1057*	850**
Total der Ärzte	11641*	12257*	—

* Schweizer und anerkannte Flüchtlinge
** extrapolierter Zahlen. Über die Anzahl der ausländischen Ärzte in der Schweiz existieren keine zuverlässigen Zahlen; es sind mindestens 1000; d.h. schon 1974/75 waren die vorhandenen Stellen vollständig besetzt.

Numerus clausus, Assistenzstellenmangel und Ärzteüberfluss

Die Entscheide über die medizinische Infrastruktur werden vom Staat immer aufgrund der Empfehlungen der Ärzteschaft gefällt. In der Vernehmung und in den Kommissionen sind die Ärzte übervertreten. Gut bekannt ist die übermässig starke Position der Ärzteschaft bei der KUVG-Revision (Kranken- und Unfall-Versicherungs-Gesetz).

	pro Kopf der Bevölkerung	total (in Mio. Fr.)	
Gesamtaufwand des schweiz. Gesundheitswesens 1973	1100 Fr.	6800	
davon für Spital inkl. Baukosten (680 Mio.)		3500	= 52%
davon für ambulante Medizin		1500	= 22%
davon für Arzneimittel		1200	= 16%

Die Gesamtaufwendungen der Schweiz für das Gesundheitswesen im Jahr 1973 von 6.8 Mrd. Fr. (ohne Ausgaben für Orthopädisten, Hebammen, Naturheiler/ärzte, kantonal approbierte Zahnärzte (Dentisten), Brillen, Hörgeräte, Rollstühle usw.) entsprechen 5% des Bruttoinlandsprodukts, oder anders gesagt, 9,6% des AHV-pflichtigen Erwerbseinkommens.

Bei einer Zunahme der Ärztezahll wird die Ärzteschaft nicht mehr in der Lage sein, als einheitlicher Block aufzutreten. Die Monopolstellung der Ärzteschicht wird Risse bekommen, und durch die grössere Konkurrenz wird das Einkommen der Ärzte sinken. Die Stellung des Volkes wird in der Folge potentiell gestärkt.

Wenn also seit einiger Zeit von Ärzteüberfluss, Numerus clausus (NC) für Medizinstudenten und Assistenzstellenmangel geredet wird, darf das nicht nur als medienintime Aufregung um die Verteilung eines bis vor kurzem übermässig gewachsenen «Kuchens» verstanden werden; das Interesse müsste allgemeiner sein, wenn man zusätzlich bedenkt, wie wenig die ärztliche Tätigkeit der öffentlichen Kontrolle untersteht. Zudem bedroht der NC bei den Medizinstudenten auch benachteiligte Fächer und die Struktur der Mittelschulen.

Der drohende Numerus clausus

Seit Jahren spricht man vom drohenden NC bei den Medizinern. Die Gründe für die geplante Einführung eines NC liegen im vorklinischen Studium (erster und zweiter Jahreskurs) anders als in der Klinik. *Vorklinik*: Im Wintersemester 1973/74 haben gesamt-schweizerisch 1214 (Vorjahr 1113) Studenten ein Medizinstudium begonnen. Eine eidgenössische Stelle (Cep-REM) besorgte die zentrale Vergabe von Studienplätzen ohne eine rechtlich haltbare

übertragung in andere Hörsäle hat man eine schon heute praktizierte Ausweichmöglichkeit für grosse Studentenzahlen zur Hand.

Der angeblich grösste Engpass sind die klinischen Kurse am Krankenbett. Doch auch hier können einem berechtigten Zweifel kommen, wenn man bedenkt, dass durch die Verkürzung des vorklinischen Studiums um ein Semester im Rahmen der Umstellung auf den Rossi-Plan (Reform der Studienzeit mit Verkürzung auf 6 Jahre, vgl. Zürcher Student Nr. 52/4) zwei Jahreskurse in der Klinik auf der gleichen Ausbildungsstufe standen und trotzdem ohne grössere Schwierigkeiten aneinander vorbei kamen; d. h. es wurden fast doppelte Studentenzahlen bewilligt! Der Ausbau des Klinikums St. Gallen als Ausbildungsstätte für Studenten schlierte an einem 6-Mio.-Kredit (vgl. diesen Betrag mit den Gesamtausgaben von 6.8 Mrd. Fr. für das Gesundheitswesen).

Ist der NC also ein Phantom? Die Universitätsorgane selbst sind kaum interessiert am NC, bringt doch eine Beschränkung der Studentenzahlen eine Beschränkung des Budgets, da der Bund bis anhin die Studentenzahlen subventionierte. In der Medizinischen Fakultät sieht das schon anders aus, ist doch die Ausbildung von Studenten für die Direktoren vielfach hauptsächlich eine Behandlung ihrer Forschungsprojekte und eine Belastung für den Klinikbetrieb.

Der grösste Druck kommt aber sicher von den Ärzten und ihrer Standesorganisation selbst. Es vergeht kaum ein

Spezialärzte ihres eigenen Fachbereiches.

Die generelle Stellenplanung in den staatlichen und halbstaatlichen (subventionierten) Spitalern lässt für die nächsten Jahre kaum eine Vermehrung der etwa 5500 Assistenten- und Oberarztstellen in der Schweiz erwarten. Für die Anstellung von Assistenten sind in der Schweiz die Klinikdirektoren verantwortlich. Die Anzahl Stellen und deren

nen Rahmenbedingungen legen die Kantonsregierungen fest; für den Kanton Zürich z. B. gilt die Verordnung vom 28. 11. 1963. In andern Kantonen gibt es meist ähnliche Regelungen.

Die jährliche Zunahme der Gesamt-assistentenzahl beträgt etwas mehr als 300, weil die Abgänge in die freie Praxis, in die Industrie und ins Beamtenamt nicht in dem Mass zunehmen wie die Diplomierungen. Die Durchschnittsassistenzzeit beträgt 10 Jahre (Spezialisten 11, Allgemeinpraktiker 7,5). Da 1978 zwei Jahreskurse (Rossi-Plan-Einführung) zur Diplomierung gelangen, ist schon für Ende 1978 mit 6200 Assistenten und Oberärzten schweizerischer Nationalität bzw. Flüchtlingen zu rechnen. Dabei muss man im Auge behalten, dass heute mindestens 1000 ausländische Ärzte in den Spitalern arbeiten. Wie gesagt sind nur 5500 Stellen vorhanden. Ohne Sofortmassnahmen ist für 1979 also mit einer erheblichen Zahl von arbeitslosen Ärzten zu rechnen; es ist fraglich, ob ab 1979 überhaupt mehr als 50% der Studienabgänger eine ärztliche Arbeit finden werden.

Die durchschnittliche Arbeitszeit beträgt 55 h/Woche. An gewissen Kliniken wird aber bis zu 80 h/Woche gearbeitet, wobei die Zeit für persönliche Weiterbildung noch dazugerechnet werden muss. In den Anstellungsverträgen findet sich denn auch häufig der ominöse Satz: «Die Arbeitszeit richtet sich nach den Bedürfnissen des Instituts.»

Ärzteüberfluss?

Im Budapest Symposium der Weltgesundheitsorganisation (WHO) 1968 wurde eine Ärztedichte von 1 praktizierenden Arzt auf 450 bis 500 Einwohner als ideal angegeben; doch weshalb soll ausgerechnet diese Zahl für die Schweiz ideal sein? Alle nach 1970 entstandenen Studien geben 1980 als Datum für den Beginn eines Ärzteüberflusses an. Wenn man die heutigen Zahlen extrapoliert, ergibt sich in der Schweiz erst ab 1984 oder 1985 eine Ärztedichte von 450 Einwohnern auf einen Arzt. Wenn sich

«Ein Netto-Einkommen von (1973) 175 000 Fr. ist für einen frei praktizierenden Schweizer Arzt vollauf gerechtfertigt», hält die «Schweizer Ärzteinformation» fest: «es hält dem Vergleich mit Zehntausenden von Einkommen und Gehältern in Wirtschaft, Staatsverwaltung usw. durchaus stand.» (7. 4. 76)

aber – wie zu erwarten – die Durchschnittsassistenzzeit von gegenwärtig 10 Jahren verkürzt, sei es nun durch regulatorische Massnahmen oder durch erhöhte Konkurrenz um Assistentenstellen, darf schon ab 1982 eine «ideale» Ärztedichte erwartet werden.

Fortsetzung auf Seite 2



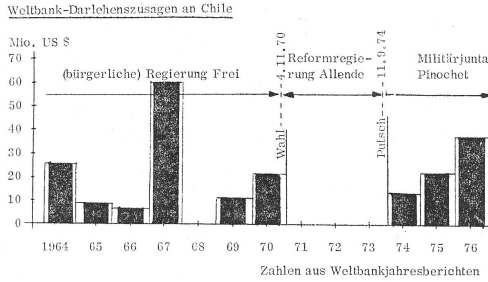
Entwicklungshilfe – lohnende Investition für die Industrieländer

Das 200-Millionen-Ding

Am 13. Juni befindet das Schweizervolk über einen 200-Millionen-Kredit an die Internationale Entwicklungsorganisation (International Development Association) IDA. Das ist der Anlass, an diesem Beispiel Grundätzliches zur Entwicklungshilfe deutlich zu machen.

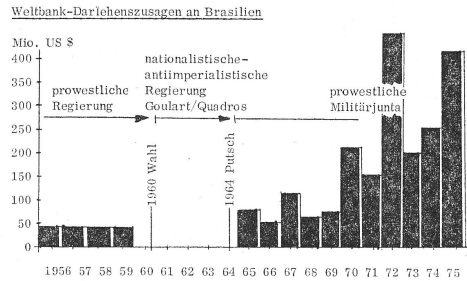
Rechts erhofft man sich ein Plebiszit gegen Entwicklungshilfe überhaupt, links zweifelt man, dass über IDA-Zahlungen sinnvolle Hilfe für die Völker der dritten Welt geschieht.

Die IDA ist eine Tochter der Weltbank, die nach den genau gleichen Kriterien wie die Weltbank Kredite erteilt, allerdings nur an Länder mit einem Pro-Kopf-Einkommen von weniger als 375\$ im Jahr.



Wer zahlt, befiehlt

Diese Kriterien werden genauso angewendet, wie sie die westlichen Industriestaaten verstehen. Dies ist nicht verwunderlich, ist doch die Weltbank als Aktiengesellschaft aufgebaut, in der sieben Industrieländer die absolute Mehrheit besitzen.



Das Beispiel Chile

Chile war ein regelmässiger Kunde der Weltbank. In den 60er Jahren betrug die jährlichen Kreditsummen durchschnittlich 17 Mio. US-\$.

über das Nichtzahlen Verhandlungen geführt) noch die Inflationsrate verkleinern können, noch mit seiner – von der Weltbank begrüssen – Wirtschaftspolitik die Produktion steigern können.

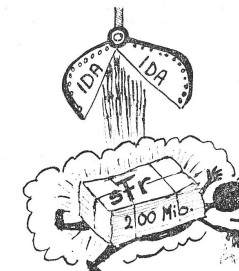
Nichtstun genügt die Drohung der Nichterteilung von Krediten, um ein Land zu einer Kursänderung in der Wirtschaftspolitik zu bringen.

Die negativen Folgen zeigten sich bald: Die Gegensätze zwischen den begünstigten und den nicht von der «grünen Revolution» erfassten Regionen nahmen zu, die reichen Bauern konzentrierten immer mehr Land in ihren Händen und wurden noch reicher.

Diese negativen Erfahrungen veranlassen McNamara, Präsident der Welt-

Sind Kredite Entwicklungshilfe?

Kredite müssen mit Zinsen zurückgezahlt werden. Die Weltbank verlangt 8% Zins pro Jahr, und das Kapital muss in 10 bis 20 Jahren zurückbezahlt werden.



bank, 1973 in Nairobi eine neue «kleine grüne Revolution» zu proklamieren. Sie sollte die Produktion der Kleinbauern steigern (ab 1980 um 5% jährlich) und die absolute Armut (=jährliches Pro-Kopf-Einkommen von weniger als 50\$) beseitigen.

Oder wie es ein kolumbischer Bauer ausdrückte: «Die Agrarreform erreicht unsere Familien nicht. Und inzwischen hungern wir und unsere Kinder» (Jair Londono).

... oder echte Landreformen?

Was könnte aber die Situation der Bauern grundsätzlich ändern? Dazu derselbe Bauer: «Wir (Bauern) wollen für veränderte gesellschaftliche Verhältnisse kämpfen, für die Abschaffung der kapitalistischen, oligarchischen Regierung, die uns verfolgen lässt...»

Die Profiteure

Es ist nur eine kleine Anzahl von Firmen, die in unserem Land von den Weltbankaufträgen profitieren.

- Elektro-Watt
• Motor-Columbus (die sich in Klaus Huber einen früheren Weltbankmitarbeiter als Direktor gewonnen hat, der jetzt unter anderem Offerten für die Weltbank verfasst)

Als Lieferanten profitieren einige Konzerne des Agro-Business, namentlich:

- Nestlé (Nutzen aus weltbankfinanzierten Grossplantagen, zum Beispiel in Brasilien)
• Ciba-Geigy
• Sandoz (Lieferung von Schädlingsbekämpfungsmitteln für Weltbank- und IDA-Agrarprojekte)

Ähnlich haben die schweizerischen Hilfswerke eines der Hauptziele der Entwicklungspolitik definiert: «Ohne Landreform kann es zum Beispiel keine ausreichende Nahrungsmittelproduktion für und durch die arme Bevölkerung geben.»

In dieser Frage sehen wir den Unterschied zwischen den beiden Entwicklungskonzeptionen am deutlichsten. Soll man versuchen, die Bauern in die «freie Marktwirtschaft» einzugliedern und damit den Grossteil der Bauern verarmen und arbeitslos werden zu lassen, oder sollen die Bauern zusammen eine Entwicklung einleiten, die die Grundbedürfnisse aller befriedigt?

Schwarzenbachs Nein

Seine Meinung zu diesem Thema fasst Schwarzenbach im Schlagwort «Entwicklungshilfe als Selbstordnungs- und Reformwaffe» zusammen. Er bedauert, dass das arme Europa wieder einmal von den Wühlmäusen aus dem Osten untergraben worden sei, dass uns eine neue internationale Organisation, die wie die Uno gegen «unsere» Interessen handele, aufgesetzt worden sei.

Wie die Abstimmungs- maschinerie läuft

Anhand der Vorarbeiten für die IDA-Abstimmung kann man gut studieren, wie die schweizerische «Abstimmungs- maschinerie» läuft. Sie zeigt deutlich die Meinungsmacher im Hintergrund, Verwaltungsbeamte, einige wenige Funktionäre von Wirtschaftsverbänden und eine Handvoll Parlamentarier planen die Abstimmungsstrategie.

Die Abstimmungssekretariat nicht übernehmen dürfe, von den Bürgerlichen nicht erfüllt wurde.

Die Bundesverwaltung belieferte Organisationen, Verbände und Presse mit einer mehrhundertseitigen Dokumentationsmappe, mit Frage- und Antwort-Katalog und sogar mit «Standard-Referaten» für Politiker.

Über ändern Abstimmungsunterlagen vom 13. Juni, über das viel wichtigere Raumplanungsgesetz und über den Verfassungsartikel zur Arbeitslosenversicherung kommt aus dem Bundeshaus keine einzige Abstimmungsanfrage. Warum wohl? Die Antwort ist einfach: Weil diese beiden Vorlagen nicht im Interesse der Bürgerlichen liegen. Der Rechtsfreisinn ist bei der ersteren sogar dagegen.

Eine neue Tendenz

Bei der Arbeitsteilung innerhalb der Verwaltung scheint sich eine neue Tendenz abzudecken: die Handelsabteilung macht die Politik, das Eidgenössische Politische Departement unter dem Sozialdemokraten Graber holt die Kohlen aus dem abstimmungsrechtlichen Bereich. Der IDA-Kredit wurde von der Weltbank und der Handelsabteilung ausgehandelt.

Die Durchpflichtung im Parlament, die administrative Begleitung und sogar die Vertretung der Vorlage in der Volksabstimmung muss das Politische Departement machen. Betrübtlich ist dabei, dass das sozialdemokratisch geleitete EPD zu einer Akzeptierung der Handelspolitik gezwungen wird.

Die Bundesverwaltung hinter dem Ja-Komitee

Bereits im Februar 1976 luden die Handelsabteilung des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartements und der Dienst für technische Zusammenarbeit (DfZ) des Politischen Departements Journalisten und Medienleute nach Luzern und Montreux ein.

Die beiden Bundesbeamten Botschafter E. Jacobi (Handelsabteilung) und Vizedirektor Raeber (DfZ) waren die Initiatoren des Abstimmungskomitees, das die IDA-Vorlage in der Öffentlichkeit durchboxen sollte.

Die Strategie war ursprünglich wie folgt vorgesehen: Die «Wirtschaftsförderung» sollte bezahlen, das Präsidium des Abstimmungskomitees sollte einen sozialdemokratischen Politiker (es war von Alt-Bundesrat Spühler die Rede) angebotener werden.

Wer steht hinter dem Abstimmungskomitee?

Bei Redaktionsschluss sind die Namen des Abstimmungskomitees noch nicht bekannt. Man sucht noch gutklingende Ausgehnamen. Aber was tut's? Die Namen dienen nur der äusseren Zierde. Die Propaganda für die Abstimmung und deren Finanzierung, dies ist uns aus sicheren Quellen klar, stammen aus der Küche der «Wirtschaftsförderung». Auch die Strossrichtung ist schon klar: Man will das Eigeninteresse der Schweizer hervorheben, die Bedeutung der Weltbankaufträge für die Schweizer Wirtschaft und die Arbeitsbeschaffung herausstreichen (obgleich die Weltbankaufträge nur 0,5% der schweizerischen Exporte betragen).

Schweizerische Arbeitsgruppen für Entwicklungspolitik (SAFEP)

d'wälräis vome zwänzgerli

es zwänzgerli ghört ame chrisst im züri-undland und so dem sys büchli i d'sunttschuel gaar, da truckt er ems i d'hand: verfür mers nüd, o jegerli, und schomps in schlitz vom negerli lueg zue, wies nickt, pass uff uns chläid sig brav und los, was d gotte säit die gotte nimme das zwänzgerli mit fränkler und mit füfzger tuets zämme ins seckli je und säit mit tüüfem süfzger: das freut bestimmt de missionar, wo z africa so wunderbar de arme häidebüebli guet und chrischtlich wyterhälfe tuet de missionar hät schüüli freud, er nimmt vo dene batze er springt zum nächste negerli und strycht em über d'glatze und säit: du wirsch doch nächstens tauft, da gaats doch nüd, das me blutt umeilauf s da nimme das gält vor chrichthäit s sich öppis anes sunttsigkläid das negerli, das nickt und chauft sich dänn es prächtigs gwand de stoff derzue chompt, prezys usm züri-undland so chumnt das zwänzgerli wider hüt, da d'ummal sich es nöd eläit s hät enner na chli me deby als wos bim missionar isch gsy und wänn im züri-undland am sunttig d'glogge schlaat und eusem chrischt sys büebli brav i d'sunttschuel jez gaat seit s negerli, s isch voll wie gpiakt zum zwänzgerli so gschäll, wänn nickt: jü hoi, bisch du au wider da wand mit d'chil namal durelaaf?

das Konzept

Redaktion und Administration: Rämistrasse 66, CH-8001 Zürich, Schweiz, Telefon 2 (01) 47 54 00, Postfach 201, 8023 Zürich. Redaktion: Konrad Fister, Ruedi King, Rolf Nef, Beat Schweingruber. Artikel gehen jeweils nur die Meinung des Verfassers wieder.

Herausgeber: Verein «das Konzept» (Mitglieder: Verband der Schweizerischen Studentenvereine, Studentenschaft der Universität Zürich, Verband der Studierenden an der ETHZ). Erscheinungsweise: Monatlich an allen Hochschulen, Technika, Lehrerseminarien, Musikonservatorien, Höheren Wirtschafts- und Verwaltungsschulen und Schulen für Sozialarbeit der deutschen Schweiz sowie am Kösk. Auflage 36 000. Inserate: Mosse-Annoncen AG, Limmatquai 94, CH-8023 Zürich, Tel. 2 (01) 47 54 00, Telex 55 235 1-2 (p-m-zelle -62 Hz, (inkl. Rabatte)) Druck und Versand: Tages-Anzeiger, Postfach, 8021 Zürich. Redaktionsschluss Nr. 6: 21. 5. 76 Inseratenschluss Nr. 6: 28. 5. 76

Die neue Berufsbildungsgesetz unter kritischer Lupe

Der Berg hat eine Maus geboren

«Baue auf Deine Zukunft! Die Zukunft hat für zahlreiche ausgereifte Jugendliche bereits begonnen - auf dem Arbeitsamt. Die meisten unter ihnen, Bauzeichner und Buchdrucker etwa, sind durch eine mitunter lautstarke Unternehmerpropaganda zu einer falschen Berufswahl verleitet worden. Noch mehr, eine allzu spezialisierte Ausbildung verhindert glattweg, dass (junge)

Arbeitslose eine angemessene Stelle finden. Nicht erst die Jugendarbeitslosigkeit hat allerdings solche offensichtlichen Mängel in der Lehrlingsausbildung entlarvt. Seit etlichen Jahren verlangen weite Kreise, namentlich auch der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB), eine Revision der Berufsbildung. Von Viktor Moser, Sekretär der Jugendkommission SGB

Das Ei ist endlich ausgebrütet! Nach jahrelangem, eher bedächtigen Marschtempo hat das Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit (BIGA) letzten Sommer den Entwurf zu einem neuen Berufsbildungsgesetz veröffentlicht, dessen hauptsächliche Zielrichtung es mit recht wohlklingenden, verheissungsvollen Worten umschreibt: «Das neue Gesetz bezweckt, die Berufsbildung durch verschiedene Massnahmen wieder attraktiver zu gestalten, um sie als echte und gleichwertige Alternative zu andern Bildungseinrichtungen anbieten zu können.»

Recht so. Dass unser Berufsbildungswesen hinter der technischen, wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung

wurf die gewerkschaftlichen Vorschläge wahrhaftig mit einer starken Lupe suchen.

Ein Schritt vor, einer zurück

So gewinnt man im grossen und ganzen den Eindruck, dass Biga habe zwar fortschrittliche Lösungen angestrebt, sei aber über den eigenen Mut derart erschrocken, dass es handkehrum entsprechende Bremsen einbaute.

Unsere Hauptkritik am Entwurf gilt also in erster Linie der wagen «Sowohl-als-auch-Mentalität», welche wir jetzt anhand einiger Kostproben aufzeigen wollen.

Wohl am augenscheinlichsten kommt diese bei den Anforderungen an die Lehrmeister zum Ausdruck, setzt doch Artikel 11 eindeutig fest: «Der Besuch der Ausbildungskurse ist für die Lehrmeister obligatorisch.» Zweifellos wäre ein solches Obligatorium vollauf zu begrüssen, zumal der Stiff den Hauptteil der Lehrzeit im Betrieb verbringt und daher auf fachlich und pädagogisch geschulte Lehrkräfte angewiesen ist. Wäre, denn die an sich fortschrittliche Bestimmung wird sogleich munter durchlöchericht: Wer als Ausbilder oder Lehrmeister vor Inkrafttreten des Gesetzes auch nur einen einzigen Lehrling über die Notenhürde «Genügend» gebracht hat,

hat offenbar sein Plansoll bereits so glänzend erfüllt, dass er zeitweilen keinen Ausbildungskurs besuchen muss.

Ein schlechter Witz? Nein, so steht es klipp und klar im Entwurf. Demgegenüber verlangt der SGB ein Ausbildungsobligatorium für alle Ausbilder. Ähnlich unverbindliche Richtlinien finden wir bei der Weiterbildung für Berufsschullehrer; wörtlich: «Die Kantone können den Besuch von Fortbildungskursen für Lehrkräfte obligatorisch erklären.» «Können», müssen aber nicht.

Billige Hilfskräfte

Jahr für Jahr werden unzählige Lehrlinge als billige Hilfsarbeiter ausgenutzt, obwohl eigentlich Autowaschen, Fensterputzen, Werkstattwischen und dergleichen nicht zum Ausbildungsprogramm gehören. Anstatt aber den leider weit verbreiteten Missbrauch ein für allemal einen gehörigen Riegel zu schieben, übt sich das Biga bloss in widersprüchlicher Wortakrobatik: «Der Lehrling darf zu andern als beruflichen Arbeiten nur angehalten werden, soweit diese mit dem Beruf im Zusammenhang stehen und die Ausbildung nicht beeinträchtigt wird» (Art. 21, Abs. 1). Ich muss gestehen, dass mir der tieferer Sinn dieses Satzes auch nach wiederholtem Durchlesen verborgen bleibt. Es sei denn, das Biga mache das Unmögliche wahr und verwandle eine berufsmässige Arbeit gleichzeitig in eine berufsbezogene. Unmissverständlich äussert sich hingegen der SGB in seinem Alternativtext: «Der Lehrling darf nur zu Arbeiten beigezogen werden, soweit diese mit der beruflichen Ausbildung in Zusammenhang stehen.»

Nichts gelernt aus der Jugendarbeitslosigkeit?

«Angesichts beschränkter Weiterbildungsmöglichkeiten von Lehr- und Auszubereitenden in ihrem erlernten Beruf drängt sich heute mehr denn je die Schaffung eines Berufsforschungsinstitutes auf, welches sämtliche Berufe umfasst, namentlich auch sogenannte Zukunftsberufe.» Dies hat der SGB im Sommer 1975 nebst andern Massnahmen dem Bundesrat als vordringliche Aufgabe zum Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit vorgeschlagen. Kaum jemand wagt zu bestreiten, dass eine genaue Abklärung des zukünftigen Arbeitskräftebedarfs enorm wichtig ist, wenn man die Jugendingenisse nicht erneut in Ausbildungsengpässe lotsen will. Überdies müsste eine zeitgerechte Berufsforschung die einzelnen Berufe und deren Beziehungen inhaltlich definieren, um zukunftsbezogene Ausbildungsprogramme zu gewährleisten.

Nun gut, auch das Biga erklärt, die Berufsforschung sei «mit allen Mitteln zu fördern». Im Klartext bedeutet das allerdings, der Bund könne an schon bestehende Einrichtungen Forschungsaufträge erteilen; von einem eigenen Institut, wie es der SGB fordert, ist hingegen keine Rede. Ein weiteres Mal also: Unverbindlichkeit. Ebenso will das Biga die mangelhafte Berufsbereitstellung praktisch beim alten belassen, indem es weder eine obligatorische Fachausbildung für Berater noch regelmässige Schulbesuche vorschreibt.

Zweifelhaft «Verbesserungen»

Kernstück des Gesetzesentwurfes sind die sogenannten Grundausbildungskurse. Sie sollen zu Beginn und während der Berufsjahre immer dann stattfinden, wenn neue Arbeitstechniken zu lehren sind. Das heisst: Die Lehrlinge werden von Zeit zu Zeit in überbetrieblichen Lehrgängen ausgebildet, um danach in der Lehrfirma die neu erworbenen Fertigkeiten zu üben und zu vertiefen. Die Durchführung solcher Kurse ist sicherlich zu begrüssen, wird aber leider dem freien Ermessen der Berufsverbände überlassen. Einmal mehr wird eine an sich fortschrittliche Regelung durch das ominöse Wörtchen «kann» verwässert, welches an zahlreichen andern Stellen des Entwurfs auftaucht. Diese übertriebene Vorsicht ist um so weniger verständlich, als eine breite Grundausbildung die berufliche Mobilität wesentlich fördert und den Willen zur Weiterbildung eher wecken kann.



DI, 25. / MI, 26. MAI 76 MACH MIT! SAMMLE MIT!

Sind die Ausbildungsprobleme der Studenten wirklich so verschieden von denen der Lehrlinge? Sie sind es, allerdings nicht so, dass ein Schulterschluss nicht möglich wäre. Die Studenten springen in obiger Karikatur wahrscheinlich bloss durch einen grösseren Ring und landen weicher. Aber sonst dürfte der Weg wirklich der gleiche sein.

Deshalb hilf auch Du mit bei der Sammelaktion des VSS und der Studentenschaften vom 25./26. Mai und melde Dich bei Deiner Studentenschaft, falls Du in Deinem privaten Kreis Unterschriften sammeln willst, so kannst Du jederzeit Petitionsbogen beim VSS beziehen. Für nähere Auskünfte steht Dir auch Deine Studentenschaft zur Verfügung.



nachhinkt, ist nachgerade satissam bekannt. Ebenso dürfte eine Tragweite allmählich unbestritten sein, entscheiden sich doch 70 Prozent der schulaustretenden Jungen und 40 Prozent der Mädchen für diesen Bildungsweg. (In den Prozentzahlen sind Erziehungs- und Krankenpflegeberufe nicht eingeschlossen.) Kurzum, Veränderungen sind ein Gebot der Zeit. Darüber ist man sich allenthalben einig: Unklarheit herrscht indessen über Ausmass und Inhalt der angestrebten Reformen.

Fortschritt in kleinen Dosen

Trotz der sicher ehrlich gemeinten Grundsatzklärung nimmt sich dabei die furcht angelegte Zukunftsmusik des Biga als ziemlich brave Darbietung einer guteigenössischen Dorfkapelle aus. Bei genauerem Hinsehen bietet nämlich der lang erwartete Entwurf kaum mehr als einige Retuschen am alten Gesetz, welches sich, so das Biga, bestens bewährt habe. Das offensichtliche Zögern und Zaudern lässt sich wohl am besten mit dem Bedenken erklären, die Ausbildungsberufsbereite der Betriebe und Berufsverbände könnte nachlassen. Oder andersherum ausgedrückt: Man will die Arbeitgeber nicht mit allzu fortschrittlichen Neuerungen vor den Kopf stossen. Obwohl der Schweizerische Gewerkschaftsbund im Frühjahr 1974 ein Alternativgesetz ergründet hatte, muss man im Biga-Ent-



Lehrjahre sind oft keine Herrenjahre (Zeichnung aus «r»an», DGB).

Schulterschluss

Der Versuch einer engen Zusammenarbeit zwischen den Studentenschaften und den Gewerkschaften tritt in eine neue Phase. Der bildungspolitische Vorstand der Gewerkschaftsjugend (vgl. den Artikel auf dieser Seite) drängt sich für einen Schulterschluss geradezu auf. Von seiten der Studenten ist es nur zu begrüssen, dass sich eine gesellschaftlich bedeutsame Kraft wie der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) für bildungspolitische Belange zu engagieren beginnt. Auch wenn die SGB-Petition, die das hängige Berufsbildungsgesetz begleitet, vordergründig nichts mit Hochschulpolitik zu tun hat, können die Auswirkungen einer ausgebauten nichtakademischen Berufsbildung nicht verluergnet werden:

Einerseits vermehrt eine attraktive Berufsbildung, welche eine gute kulturelle und politische Bildung einschliesst, die nichtakademischen Berufe sozial aufzuwerten und damit den Ansturm auf die Hochschulen zu bremsen. Andererseits sollen auch die Absolventen der erfahrungsgemäss und leider die Führungsschicht der Gesellschaft stellen, ein Interesse daran haben, dass ihre Mitarbeiter für eine echte Partnerschaft ausgebildet werden. Eine Partnerschaft, die diesen Namen verdient und nicht nur Ideologie zur Verschleierung der Eigentumsverhältnisse ist.

Bert Brecht schrieb einmal: «Komm, wir gehen zusammen fischen», sagte der Fischer zum Wurm. Helfen wir als Fischerlehrlinge den «Wurmern», sich gegen die Angel zur Wehr zu setzen. Eine Partnerschaft im Sinn des Brecht'schen Zitates kann und soll nicht unser Anliegen sein. Vielmehr wollen wir mit den Gewerkschaften, die politisch unabhängig sind, für eine Zukunft einstehen, in der jeder Mensch, sei er Kopf- oder Handarbeiter, seinen Fähigkeiten und Neigungen entsprechend ausgebildet ist. Dabei dürfen sich die Fähigkeiten nicht wie heute nach den Konjunkturzyklen richten.

Nur nebenbei sei vermerkt, dass die Forderung der Petition, dass junge Menschen nicht nur auf die berufliche Laufbahn vorzubereiten sind, sondern auf das Leben, auf ihre Stellung in der Gesellschaft als Staatsbürger, Erzieher und Konsumenten, nicht nur für die nichtakademische Berufsbildung gilt, sondern auch für Studenten, zukünftige Lehrer usw. Ebensovien entsprechen die Petitionsforderungen einer bestimmten politischen Richtung. Ich kann deshalb nur hoffen, dass sich möglichst viele Studenten zur Unterschrift und zum Sammeln bereifunden werden.

Ernst Schweizer VSS-Vorstandsmitglied

Techniker im Kommen

Der Studentenverband schweizerischer Techniker (SST) hat im VSS so etwas wie einen Beobachterstatus inne. Anlässlich eines Besuches seines Präsidenten, Bruno Bernet, beim VSS-Vorstand wurde folgendes Gespräch aufgezeichnet.

VSS: Bruno, kannst du den SST kurz vorstellen?

Bernet: Der SST ist auch ein Dachverband wie der VSS. Wir vertreten insgesamt an die 4400 Studenten beziehungsweise ihre bildungspolitischen Interessen. Ausserdem versuchen wir unsere Dienstleistungen auszubauen. Im übrigen sind wir ähnlich aufgebaut wie der VSS. Der Vorstand ist an keine Partei gebunden; dies entspricht auch unserer Basis, bei der die politische Diskussion erst am Anlaufen ist. Vielleicht auch als Folge der Rezession.

VSS: Stichwort Rezession: Wir haben gehört, dass es enorm viele stellenlose Absolventen bei euch gibt.

Bernet: Ja, z. B. in meiner Abschlussklasse hatte bei der Diplompfeife bloss einer von 15 in der Schweiz eine Stelle. Dies ist ein krasses Beispiel, aber für die Situation bei den Fein- und Feinmechanikern nicht untypisch. Denn bei der feintechnischen Abteilung gibt über die Hälfte der Absolventen in die Uhrenindustrie. Dort ist der Konjunkturreinbruch nun auch äusserst tief. Zusätzliche Probleme haben die Ausländer. Sie haben meist nur eine Aufenthaltserlaubnis für die Studienzeit, dann werden sie abgeschoben.

VSS: Die Rezession hat doch bestimmte Auswirkungen auf das Arbeitsklima in den Techniken.

Bernet: Man sollte es meinen. Aber bei uns gehört die Streberhaltung von jeher zum Klima. Die Schraube konnte kaum mehr fester angezogen werden. Bei 41-45 Lektionen pro Woche kann man kaum anders als das Letzte geben.

VSS: Wo nehmen denn die Leute die Zeit her für irgendwelche Betätigun-

gen, Hobbies oder z. B. Verbandaktivitäten?

Bernet: Das ist für uns ein sehr grosses Problem, das sich fast nicht lösen lässt. Trotzdem sind die Kulturveranstaltungen, Vorträge und Filme, die organisiert werden, nicht schlecht besucht.

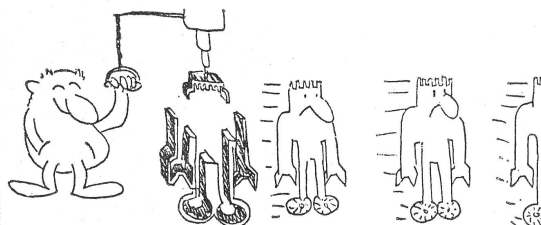
VSS: Ihr würdet anlässlich der Vernehmlassung eingeladen, zum Berufsbildungsgesetz, d. h. zum Biga-Entwurf, Stellung zu beziehen. Kannst du uns kurz eure Ansichten zusammenfassen?

Bernet: Für uns war es bedauerlich, dass entgegen allen Erwartungen kein Hinweis auf die Allgemeinbildung bei der Aufgabenbeschreibung der Höheren Technischen Lehranstalten zu finden ist. In diesem Zusammenhang wird lediglich davon gesprochen, dass «eine sprachliche Grundausbildung» vermittelt werden soll.

Angesichts der Tatsache, dass schon heute der Studienplan dieser Lehranstalten eine relativ breite Allgemeinbildung vorsieht, würde die vorgeschlagene Formulierung eine bedauerliche Kehrtwende einleiten und zu unerwünschten bildungspolitischen Konsequenzen führen.

Ausserdem möchte ich festhalten, dass uns neben der Allgemeinbildung auch die Förderung der beruflichen Weiterbildung ein ernsthaftes Anliegen ist. Persönlich sehe ich es nicht ungerne, dass der VSS die Petition der Gewerkschaftsjugend unterstützt. Dies dürfte die Diskussion um das Berufsbildungsgesetz zusätzlich bereichern und die Chance einer befriedigenden Lösung erhöhen.

VSS: Bruno Bernet, wir danken dir für das Gespräch.



Eidg. patentierte «Anlehr»-Maschine

Gilgens Argumente

Der Zürcher Erziehungsdirektor Gilgen und seine Hochschulkommission (HK) möchten dem «konzept» den Garau...

Ein Volk von Waffenschmiedern

Arbeitslose als Argument für Waffenausfuhr

Die jüngsten Zahlen über die schweizerische Kriegsmaterialausfuhr lassen keinen Zweifel mehr offen: Die Handha...

22. Januar dieses Jahres mit der Feststellung, dass die «neuesten Entwicklun...

lokaler Konflikte, wie das Beispiel des Libanons zeigt. Der Export hochentwickel...

Rechtfertigung durch die Rezession

In einem unlängst veröffentlichten Communiqué schreibt das Eidgenössische...

Angesichts dieser Beweislast verzichtet die Redaktion auf eine Rechtfertigung.

ten Rüstungsindustrie beschäftigt. Für den Export arbeiteten 3305 Beschäftigte...

Arbeitnehmer besser schützen

Dass ein Ausfuhrverbot für Persien und Spanien, auch wenn gesamtwirtschaftlich kaum von grosser Bedeutung...

Andreas Lutz

Mehr Öffentlichkeit! Zu einer wirklichen Demokratie gehörte die Information des Bürgers...

Fortsetzung von Seite 5

Unsere Haltung richtet sich keineswegs gegen die Berufsmittelschüler, welche absolut zu Recht...

Anlehre: Abfallener für die Schlechteren

Mindestens ebenso fragwürdig wie die Berufsmittelschule ist die Anlehre, welcher das Biga nun einen offiziellen Anstrich geben will...

Dass die Angelernten bei Entlassungen jeweils als erste in den sauren Apfel beißen müssen, wird dabei grosszügig übersehen...

Wir haben den Entwurf zum neuen Berufsbildungsgesetz jetzt nur in sehr groben Zügen geschiedet, doch eines dürfte klargeworden sein...

Beste Kunden: Spanien und Persien

Was jedoch die schweizerische Öffentlichkeit noch mehr erstaunt als dieser neue Ausfuhrrekord, ist die Tatsache...

Artikel 17/2 dieses Gesetzes schreibt vor, es dürften keine Ausfuhrbewilligungen erteilt werden «a) nach Gebieten, in denen ein bewaffneter Konflikt herrscht...

Trotz dieser doch eigentlich klaren Gesetzesbestimmung wurde der Anteil an den Kriegsmaterialexporten der an Persien und Spanien ging...

Waffenexporte hemmen die Entwicklung...

Stellt man die Frage nach den Auswirkungen der Waffenexporte in den Empfängerländern, so lässt sich eine Reihe von Negativpunkten aufzählen...

... und zementieren ungerechte Strukturen

Viele Rüstungsgüter dienen einer Oberschicht oder einer Militärdiktatur, ihre Herrschaft zu sichern...

Der Bundesrat weicht aus

Immer wieder versuchen Parlamentarier, Auskünfte über die Kriterien der Exportbewilligungen zu erhalten...

Modell-Zivildienst '76!

Wirtschaftliche Ausbeutung und soziale Ungerechtigkeit sind weltweite Ursachen von Gewalt und Unterdrückung...

einem zivilen Ersatzdienst versorgen kann. Es gibt wenig Vorstellungen darüber, wie ein Zivildienst aussehen soll...

Mit dem Modell-Zivildienst '76 werden Forderungen aufgestellt: qualifizierter Zivildienst in Projektauswahl und Realisierung...

Für nur 10 Franken erhalten Sie «das konzept» bis Ende Jahr ins Haus. Monatlich eine kritische Alternative zum bürgerlichen Presse-Eintopf.

«das konzept», Jahresabonnement 16 Fr., Ausland 20 Fr. Für Schüler und Lehrlinge unter 20 Jahren 30% Rabatt... Name, Vorname: Adress mit PLZ: Beruf: Datum:

das konzept zu Wirtschaftsfragen. Nr. 1/76 Arbeits-Los-Spiel Ein alternatives Würfelspiel für 2-8 Personen. 12/75 Rüstung Tiger-Beschäftigungsfälle - Arbeitsbeschaffung und Waffenexport...

Zürich hat wieder eine linke Tageszeitung!

Als Ersatz für die untergegangene Zürcher «AZ» erscheint seit 1. Mai das «Volksrecht» als Kopfblatz des «Freien Aargauers» mit einer Zürcher Lokalseite...

Mit dem «Volksrecht» für die Rechte des Volkes

Ich bestelle ein Abonnement bis Ende 1976 zu Fr. 43.- Name Vorname Strasse PLZ/Ort Unterschrift Beruf Jahrgang Falls Mitglied der SP, Sektion Falls Gewerkschaftsmitglied, Sektion

SCI (Service Civil International), Arbeitsgruppe Zivildienst, Postfach 119, 4009 Basel.

In den Fesseln des multinationalen Kapitals

Wirtschaft und Unterdrückung in Chile

Die chilenische Armee ist in sich tief zerstritten. Englische Zeitungen haben namentlich über Meinungsverschiedenheiten zwischen General Leigh, Kommandant der Luftwaffe, und General Pinochet berichtet. Gewisse Militärs, denen Washington politische Unterstützung zusichert, würden dem gegenwärtigen Terror eine

«saubere» Diktatur mit repressiven Methoden weniger provokanter Art vorziehen. Aber, wie James Petras nachweist*, liegt das wahre Problem darin, dass eine bestimmte Wirtschaftsordnung untrennbar verknüpft ist mit einer brutalen Diktatur. Übersetzt aus «Le Monde Diplomatique»

Quasi alle Länder der Welt verurteilen heute die chilenische Junta aufgrund ihrer systematischen Anwendung der Folter, ihrer permanenten Missachtung der Menschenrechte und ihrer Polizeistaatmethoden. Nach dem Blutbad der ersten dem Putsch folgenden Monate schickte die Junta dauernd in allen Bereichen des öffentlichen und des privaten Lebens weiter. Diese blutige Repression betrifft nicht bloss die Linke. Auch führende Christdemokraten, ja selbst anfänglich militante Anhänger der Junta haben die Härte der Geheimpolizei (DINA) zu spüren bekommen. Die Berichte der internationalen Organisationen und die Appelle des Vatikans haben fast nur auf die Verletzung der Menschenrechte aufmerksam gemacht. Nicht genügend diskutiert wurden hingegen die sozioökonomische Lage des Landes und die Entwicklungsstrategie der Junta. Die diktatorische Politik ist nämlich nichts anderes als die Kehrseite der Medaille einer «liberalen» Wirtschaft. Nur mit Hilfe ihres allgegenwärtigen Terrors können die Militärs und ihre Ökonomen das neoliberale Wirtschaftsmodell durchsetzen, das ihre Lehrmeister, die Professoren Milton Friedman und Arnold Harberger aus Chicago, ihnen empfohlen haben.

In den heutigen kapitalistischen Gesellschaften stellt der «freie Markt» einen Mechanismus dar, der bezweckt, die staatlichen Wirtschaftsinterventionen zu entkräften und die politische und ökonomische Macht nationalen oder ausländischen kapitalistischen Monopolen zu übertragen. Diese Reichtums- und Machtverschiebungen zum Schaden der Lohnabhängigen sowie der kleinen und mittleren Unternehmen wären nicht möglich ohne rigorosen Polizeistaat. Während die Folter, die Konzentrationslager und der politische Terror Hunderttausende von Chilenen treffen, erfahren Millionen, nämlich mehr als 80% der Bevölkerung, die «ökonomische Repression».

Löhne unter dem Existenzminimum

Die ökonomische Entwicklungsstrategie der Junta besteht aus:
• der Ermütigung zu privaten Investitionen,
• dem Schutz des Privateigentums und
• dem Anreiz zur Konkurrenz.
Um das Wachstum der Privatwirtschaft zu fördern, setzt die Junta alles daran, ausländisches Kapital anzuziehen und die ausländischen Märkte zu erschließen. Zu diesem Zweck versucht sie die Preise stabil zu halten, durch eine Reduktion der Staatsausgaben und eine restriktive Geldmengenpolitik. Um die Konkurrenz einzuheizen, hat sie die Zollschranken gelockert und damit den ausländischen Produkten die lokalen Märkte erschlossen. Um die Exporte zu fördern, hat sie kürzlich einmal mehr den Escudo abgewertet und die Arbeitgeber dazu ermächtigt, tiefere als «marktkonforme» Löhne, das heisst: Löhne weit unter dem Existenzminimum, zu zahlen.

Die Wirtschaftstätigkeit des Staates ist völlig unbedeutend geworden; um so mehr und immer ausschliesslicher werden aber die Polizeifunktionen als staatliche Hauptaufgabe wahrgenommen. Ganz im Gegensatz zu den Behauptungen der Anhänger Milton Friedmans hat die freie Marktwirtschaft die Staatsbürokratie beträchtlich entwickelt. Anstelle von Investitionsanreizen hat die Junta für die Realisierung hoher Gewinne optimal politische und arbeitsmarktspezifische Voraussetzungen geschaffen: totale Kontrolle über die Arbeit, um den Kapitalisten disziplinierte, gefügige und beliebig ausbeutbare Arbeiter anzubieten, und ein Verbot der nationalistischen Parteien, als Garantie für die kapitalistische Sicherheit. Nach Auffassung der Junta und von deren Ökonomen sollten die spontanen Kräfte des Marktes Gerechtigkeit, Expansion, Stabilität und einen hohen Lebensstandard erzeugen!

Ein Entwicklungskonzept für hohe Profite

Die Wirtschaftsspezialisten der Junta haben die Methoden der Schocktherapie, wie sie Prof. Friedman und Prof. Harberger empfohlen haben, gewissenhaft erlernt und angewendet. Und die Geheimpolizei hat das Ihre getan, um eine «saubere» Abwicklung der Operationen zu garantieren: Die Konzentrationslager haben sich nicht geleert. Im Gegensatz zu den während der Volksfrontregierungen als kapitalistische Opposition allen Spielraum hatte, um die Regierungsprogramme und die Wirtschaft zu sabotieren, ist bis heute der Produktion keine ernsthafte Opposition erwachsen: die Junta ist also

* «Le Monde Diplomatique» vom Januar 76, James Petras ist Soziologieprofessor an der Universität des Staates New York in Binghamton



Ein Volksfest in Arica (Hafenstadt im Norden Chiles mit ca. 90 000 Einwohnern) gibt der Junta Anlass zu einer Machtdemonstration mit Truppenparade...

allein verantwortlich für ihre Irrtümer und Misserfolge.

Für 1974 hat die Junta eine Inflationsrate von 400% angegeben (nach der Schätzung der Weltbank betrug sie allerdings 600%). Für die ersten acht Monate des Jahres 1975 errechnete man eine Inflationsrate von 221,2%. Diese galoppierende Inflation ist die Konsequenz aus der spekulativen Tätigkeit der Finanzinstitute, den ständigen Abwertungen mit dem Ziel, die Grossexporteure zu begünstigen, und dem Fehlen jeglicher Gewinnkontrollen der grossen Monopole (die ihre Preise erhöhen, um das Sinken der Inlandnachfrage zu kompensieren). Die Krise, auf die sich die Macht der Junta stützt, sind identisch mit den Hauptinteressen an einer massiven Inflation. Deshalb haben auch die drakonischen Kürzungen der Sozialausgaben, der Rückgang der öffentlichen Beauftragung und die harten Entlassungswellen nichts zur Drosselung der Inflation beigetragen. Jorge Cauas, massgebender Wirtschaftsführer, und die «Ehemaligen von Chicago», wie die Ökonomen der Junta, die meisten eben Absolventen der Universität Chicago, genannt werden, verwirklichen nach wie vor Massnahmen zugunsten hoher Profite der Monopole. Da liegt eine der Hauptursachen der Inflation.

Die Unternehmerorganisation SOFOFA gibt an, dass die Produktion der ersten Monate im Jahr 1975 gegenüber jener des Vorjahres um 17% zurückgegangen ist; viele Firmen haben Konkurs gemacht.

• CAP, die wichtigste Eisenhütte des Landes, hat provisorisch einen ihrer Hochöfen in Huachipato ausser Betrieb gesetzt; nur die Hälfte der Produktion konnte im inländischen Markt noch abgesetzt werden.

• In drei grossen Textilfabriken, Tomeo, Iria und Bellavista, wird nur noch während drei Tagen pro Woche gearbeitet.

• Der Haupthersteller von Kabeln hat im Mai 75 die Produktion eingestellt, aufgrund der grossen Lagerbestände und der Unmöglichkeit zu exportieren.

• Luis Schwager, der grösste Kohlenhändler des Landes, weist einen Lagerbestand von 250 000 Tonnen Kohlen auf infolge des Nachfragezusammenbruchs in der Eisenindustrie.

• Auch die Autoindustrie steckt tief in der Krise, wie der gewaltige Rückgang des Brennstoffverbrauchs, nämlich innerhalb eines Jahres von 45 000 m³ auf 17 000 m³, zeigt. Hunderte von Zulieferbetrieben stehen am Rand des Bankrotts.

Der wirtschaftliche Ruin eines grossen Teils des Kleinbürgertums ist das Hauptergebnis der Wirtschaftsstrategie der Junta. Die Kleinhandler und die Patrons der mechanischen Werkstätten, die Taxichauffeure und die Camionneure sehen nun, angesichts gezielter Kreditverweigerungen und sinkender Kaufkraft, machtlos ihrem wirtschaftlichen Untergang entgegen und erfahren, dass der Antikommunismus ihre Rechnungen nicht begleicht. Trotzdem denken sie heute nicht an Boykott oder Aussperungen.

Verarmung der Massen und Konzentration wirtschaftlicher Macht
Der Lebensstandard der Arbeiterschaft sinkt im heutigen Chile für lateinamerikanische Verhältnisse in noch nie dagewesenen Ausmass. Das Realinkommen der am meisten Benachteiligten ist im Vergleich zu den Jahren 68/

69 um 60% geschrumpft. Das ist die logische Folge der Junta-Doktrin: «Freie Preise, freie Löhne». Im chilenischen «freien Markt» erlaubt zwar die Diktatur den Kapitalisten, die Preise beliebig hinaufzuschrauben, unterbindet hingegen brutal die Bestrebungen der Arbeiter für höhere Löhne. Das Ergebnis ist jene schreiende Armut, die man in allen Arbeitervierteln antrifft: Ungefähr 80% der Lohnabhängigen sind Opfer der Wirtschaftspolitik der Junta. 60% der Familien leben unter der Armutsschwelle; sie befinden sich permanent in einer extremen Notlage und leiden an schwerer Unterernährung. Mit dem minimalen Familieneinkommen von 18 000 Escudos, wie es die Junta 1974 festgesetzt hat, kommt eine mittlere Familie, auch wenn sie ihr ganzes Budget für die Ernährung einsetzt, kaum auf die Hälfte der medizinisch als lebensnotwendig erachteten Nahrungsmenge. Mitte 1975 hat die Junta die Arbeitslosenraten auf 16% beziffert; die Mehrzahl der Beobachter schätzt jedoch 20-25%, das wären rund 600 000 Chi-

Die schweizerische Präsenz in Chile

«Nestlé kontrolliert fast die ganze industrialisierte Milchproduktion und die Produktion gemahlener Kaffees, somit einen grossen Teil der (konservierten) Lebensmittelproduktion. Nestlé ist schon seit drei Jahrzehnten im Land tätig. Ihre Filiale, die Chiprodal S.A., kontrolliert sechs Fabriken: Graneros (Konservenmilch, Nescafé und Nebenprodukte), Los Angeles und Osorno (Konservenmilch), Lanquihue (Trockenmilch), San Fernando (Maggi-Produkte, Bouillons und Suppen), Rancagua (Past-Milch). Die andere Nestlé-Filiale, La Savory, produziert in Santiago Glacén und tiefgekühlte Esswaren (Finds). Auch die schweizerische chemische Industrie ist sehr stark vertreten in Chile: Ciba-Geigy, Sandoz und Productos Farmaceuticos Roches geniessen eine privilegierte Stellung im chilenischen Gesundheitswesen. Bührle-Oerlikon, heute einer der wichtigsten Waffenlieferanten der faschistischen Junta, kontrolliert vier Unternehmungen der Maschinenindustrie, über die Filiale von Panama (Finsura). Im gleichen Sektor halten die Firmen Sika und BBC mächtige Positionen.»

Zitiert aus: «Une Suisse au-dessus de tout soupçon» von Jean Ziegler, erschienen bei Seuil, Paris, 1976

• der Reprivatisierung der Produktionsmittel und
• der Annullierung der Agrarreform... Die alten amerikanischen Kupfergesellschaften haben von der Junta Hunderte von Millionen Dollars an «Entschädigungen» erhalten und sind zur Rückkehr eingeladen worden, um neue Gebiete im an Mineralien reichen Norden des Landes auszubeuten. Dow Chemical, Firestone und andere Multinationale haben ihre alten lukrativen Ländereien wieder in Besitz genommen. Die Junta hat heftig die Werbetrommel gerührt für ihre grosszügigen Offerten an alle interessierten multinationalen Gesellschaften für neue Konzessionen im Rohstoffgeschäft mit Kupfer, Erdöl, Holz und anderen natürlichen Ressourcen – und das zu den günstigsten Währungsbedingungen in der dritten Welt. Auch die Reprivatisierung der Banken und verschiedenen Unternehmungen des Staates ist sehr weit gediehen: Von einst 500 Staatsbetrieben sind heute nur noch 150 unter staatlicher Kontrolle, wovon 130 mit Sicherheit kapitalistischen Monopollbetrieben zufallen werden. Alle Firmen, die mit landwirtschaftlichen Produkten handeln, sind reprivatisiert worden. Die Mehrzahl der staatlichen Banken wurde der Finanzoligarchie übergeben. Sogar der grosse Friedhof Santiagos ist privaten Geschäftsleuten in die Hände gefallen! Ungefähr 60% der unter Frei und Allende enteigneten «Fundos» sind den Bauern weggenommen und den privaten Grossgrundbesitzern zurückgegeben worden. Von einst 3000 landwirtschaftliche Betriebe auf einer Fläche von 1,7 Mio. Hektaren.

Der Putsch, der die sozialistische und demokratische Regierung Allende

Fortsetzung auf Seite 8

lenen, ungefähr doppelt so viele wie ein Jahr zuvor und ca. das Achtfache an Arbeitslosen im Vergleich zur Volksfrontzeit. Diese Verarmung mit ihrem volkswirtschaftlichen Aspekt des Kaufkraftschwunds zwingt die kleinen und mittleren Unternehmen, die vom inländischen Konsum abhängig sind, die Produktivität drastisch zu verringern, was die Krise zusätzlich verschärft.

Die Entwicklung der Einkommensverteilung zeigt nun deutlich, wie die Politik der Junta, die doch vorgab, die Chilenen zu einigen, die Klassegegensätze vertieft: Der Anteil der obersten Einkommensschicht – 5% der Bevölkerung – am totalen «Volkeinkommen» ist innert kurzer Zeit von 23% auf 30% angestiegen. Somit gehört Chile heute zu den Ländern mit den höchsten Einkommensdisparitäten innerhalb der dritten Welt. Kurz: Die Wirtschaftspolitik des «freien Marktes» hat bewirkt, dass das Volkeinkommen vermehrt in die Hände der herrschenden Klasse fliesst, die Unterdrückung der Arbeiterklasse zunimmt und der Mittelstand verarmt.

Profite für die Multis

Der Wirtschaftszerrfall läuft parallel mit einer Konzentration der Wirtschaftsmacht. Das geschieht mit Hilfe von drei Mechanismen:

• der Preisgabe der inländischen an die internationale, multinationale Wirtschaft,



... wobei alle 50 Meter ein Soldat mit Schweizer Sturmgewehr, Marke SIG, die Zuschauer längs der Strasse bewacht.

A DER PFINGSCHTE...
FR. 360.-
4. 6. - 7. 6.
FR. 175.-
4. 6. - 8. 6.
FR. 470.-
4. 6. - 7. 6.
JEDERMANN TEILNAHMEBERECHTIGT

GAHTS AM RINGSCHTE

SSR SCHWEIZERISCHER STUDENTENREISEDIENST
Basel, Bern, Luzern, St.Gallen, Zürich

Fortsetzung von Seite 7

stürzte, hatte die Unterstützung von verschiedenen sozialen Kräften im Spannungsfeld zwischen dem Kleinbürgertum und den internationalen tätigen Bankiers. Heute distanzieren sich ein Grossteil dieser Kräfte aus unterschiedlichen Gründen von der Junta. Wie weit sie weiter gehen gezeigt haben, erlitten die kleinbürgerlichen Eigentümer von Produktionsmitteln grosse wirtschaftliche Verluste. Bei den technischen Angestellten und den unteren und mittleren Kadern sind noch schlimmere Einkommenseinbußen und ein dramatischer Stellenmangel zu verzeichnen. Mehr als 40 000 Angestellte des öffentlichen Dienstes sind allein während der ersten sechs Monate des Jahres 1975 entlassen worden. Und 60 000 weitere Entlassungen sind vorgesehen im Rahmen des Notstandsprogramms gegen die Inflation.

Spaltung in der Machtbasis der Junta

Im Kampf gegen den «Estatismus» wurden viele von der Arbeiterklasse initiierten (INDAP, CORA, UCIRA usw.) aufgelöst, und andere sind ihrer sozialpolitischen Bedeutung beraubt (CORFO). Das reale Einkommen der technischen Angestellten hat sich in nur kurzer Zeit durchschnittlich halbiert. Statt den Mittelstand vor dem Kommunismus zu retten, hat die Junta ein Begriff, ihn armengeössig zu machen, so dass sich heute ein grosser Teil jener Schicht, auf der ursprünglich die Macht der Junta beruhte, gezwungen sieht, nach Venezuela, Ecuador oder in die USA auszuwandern. Auch in den Kadern, ganz besonders für die akademisch gebildeten, ist das Desaster gewaltig: Nach dem Dekan des «Institutes der Wissenschaften», ernannt durch die Junta, haben 25% der Wissenschaftler und Techniker Chile verlassen, was er für katastrophal hält, weil es das Land um 15 Jahre zurückwerft. Pinochet schwört darauf bei: «Der Herrschaftsplan bringt sehr hohe soziale Kosten mit sich.» Der Junta verbleiben zwei hauptsächliche Unterstützungskräfte: der Polizei- und Militärapparat und die Grosskapitalisten einerseits, der imperialistische Mutterstaat US-Amerika mit seiner Vormachtstellung im internationalen Bankensystem andererseits.

USA stützt das Regime

Seit dem Putsch hat Chile zwei Milliarden Dollar an Anleihen und Krediten in Empfang genommen, wovon 1,6 Milliarden von den USA und internationalen tätigen Banken, die unter amerikanischen Kontrolle stehen. Der Internationale Währungsfonds hat 336 Mio. Dollar gespendet, die interamerikanische Entwicklungsbank 501,3 Mio., die Weltbank 101,2 Mio., die amerikanische Regierung 679,9 Mio. Diese, im Dienst des Imperialismus stehenden Institutionen, die es ablehnten, Allende Kredite und Anleihen zu gewähren, weil sie ihm Zahlungsfähigkeit absprechen, pumpen Summen in noch nie dagewesener Höhe in ein Regime, das systematisch die höchste Inflationsraten provoziert, die Wirtschaft schwächt und die Bevölkerung aushungert.

Für den amerikanischen Imperialismus war die von der Arbeiterklasse unterstützte Regierung Allende eine Bedrohung, auf die er mit der Militärdiktatur antwortete. Sämtliche Chile-Debatten im amerikanischen Kongress und alle CIA-Enthüllungen durch Senator Church und andere liberale Demokraten blieben ohne jeglichen Einfluss auf die Fortsetzung der imperialistischen, Finanzhilfe der Vereinigten Staaten an die Pinochet-Diktatur. Diese unaufhaltsame Lawine von Unterstützungsgeldern macht deutlich, wo in den USA die Machtzentren liegen, und zeigt insbesondere, dass die amerikanische Aussenpolitik gewiss nicht in den hehren «demokratischen Prozeduren» festgelegt wird.

Mit dem Zerfall der ursprünglichen Machtbasis der Junta haben die Parteien der politischen Rechten begonnen, sich wieder in der Opposition einzurichten. Einige Christdemokraten, so Esteban, Tomie, Fuentesalba, Leighton und andere haben vorgeschlagen, mit der Volkfront zusammen eine antifaschistische Koalition aufzubauen. Auch weiter rechts hat man sich kritisch geäussert und versucht nun, sich mit gewissen Militärkreisen gegen den Wirtschaftsplan der «Ehemaligen von Chicago» zu allieren, allerdings auch mit Frontorganen der Linke, Orlando Saenz, Ex-Direktor des SOFOA und bekannt als «Handlungsreisender der Junta in Sachen Umsturz» (vgl. Kästchen Zitat Ziegler), geht heute mit den Ökonomen an der Macht scharf ins Gericht: «Es gibt wahre Verleugung der Regression und des Niedergangs, die darin Zielen sehen wollen für den späteren Sieg über die Inflation. Sie sollten einen Psychiater konsultieren.»

Eduardo Frei, der Führer der Christdemokraten, der mehr als alle anderen

Gern gesehene Chilenen in der Schweiz

«In den Jahren 1972/1973 haben sich verschiedene Persönlichkeiten der chilenischen extremen Rechten in Genf aufgehalten, wo sie oft die Kleins (Besitzer der Bank für kontinentale Handelsbeziehungen mit Hauptsitz in Genf und bedeutender Familien-Clan der chilenischen extremen Rechten) und andere Bankiers getroffen haben. Freilich selbst im Februar, März und Juli 1972 und im Januar 1973 in Begleitung der Kleins in Genf gesehen worden. Orlando Saenz, Präsident der Sociedad de Fomento Fabril (SOFOFA), der chilenischen Unternehmerorganisation, befand sich kurz vor dem Putsch in der Schweiz, um seine Freunde im Bankennetz zu mobilisieren. Saenz ist ein wichtiger Führer der chilenischen extremen Rechten, die sich in der faschistischen Bewegung «Vaterland und Freiheit» sammelt. Andere chilenische Faschisten haben nach dem Putsch in der Schweiz Karriere gemacht. Zum Beispiel Herr Gonzales, ehemals Polizeichef, dann zwangsbeurlaubt durch die Regierung Allende, ist heute chilenischer Botschafter in Bern. Ironie des Schicksals! Wen findet er wieder in der Schweiz? - Seinen ehemaligen «Patron» Nathanael Davis, Dieser Philanthrop war während der Vorbereitung des Putsches Sondergesandter von Kissinger in Santiago. Seit 1975 ist er nun Botschafter der Vereinigten Staaten in Bern.»

Zitiert aus: «Une Suisse au-dessus de tout soupçon», Seuil, Paris 1976

dazu beigetragen hatte, die politischen Bedingungen für den Umsturz zu schaffen, seitdem die durch die Junta verursachte sozioökonomische Lage kritisiert. Mit dem Waffengang auf den Misslerio («früherer faschistischer Regimes» (er wagt noch nicht, sich mit Entscheidung zur Opposition zu bekennen) und das Vorprellen des Kommunismus zeigend, empfahlen er den Diktatoren, ihm die Macht zurückzugeben, bevor es zu spät sei. Für Frei ist es klar, dass die wirtschaftlichen Veränderungen von oben her kommen müssen. Deshalb wendet er sich ohne Umschweife gegen jegliche Allianz mit der Linken. Nur die extreme Rechte, so «Vaterland und Freiheit» unter Pablo Rodriguez, hält im Falle des Scheiterns die Junta versichert zu Pinochet. Immerhin findet aber auch Rodriguez, wenn die Inflation unheilvoll sei, treffe dies noch viel mehr zu auf den Hunger, die Arbeitslosigkeit und die soziale Desintegration.

Spannungen in der Junta

Die Faschisten versuchen durch solche «Vaterland» ihre einstigen Anhänger im Kleinbürgertum zurückzugewinnen, was angesichts der politischen Strukturen allerdings schwierig sein dürfte. Doch sogar in der Junta selbst gibt es, wie eingangs erwähnt, Risse, nämlich namentlich zwischen General Leigh und den «Ehemaligen von Chicago». Die Junta ist jetzt mit ihrer verlorenen Unterstützung hat Leigh öffentlich die hohen sozialen Kosten der Wirtschaftspolitik der Junta angegriffen und ein Dekret von Pinochet kritisiert, dem zufolge Tausende von Einwohnern der Bidonvilles vertrieben werden sollten. Die Junta ist jetzt mit ihrer politischen Unterstützung der Vereinigten Staaten an die Pinochet-Diktatur. Diese unaufhaltsame Lawine von Unterstützungsgeldern macht deutlich, wo in den USA die Machtzentren liegen, und zeigt insbesondere, dass die amerikanische Aussenpolitik gewiss nicht in den hehren «demokratischen Prozeduren» festgelegt wird.

Niemand kann bis jetzt den Riss in der Junta genau lokalisieren, aber mit der Verknappung der finanziellen Ressourcen und den verlängerten Notstandsmaßnahmen mit ihrem selektiven Effekt und dem Ausbleiben positiver Ergebnisse, entsteht ein Druck von seiten der mittleren Kadern in der Armee, der Truppenführer: Wenn eine gewisse Schwelle der Unzufriedenheit bei den Obersten und den Hauptleuten erreicht sein wird, könnte sich eine offene Opposition bilden, jedoch nur unter der Voraussetzung, dass einer der höchsten Militärs sich von der immer stärker um sich greifenden Feindseligkeit gegenüber dem massiven Abbau an Lebensniveau Vorteile zu verschaffen verspricht.

Die internationalen Beziehungen

In einem internen Zirkular hat der chilenische Aussenminister die internationale Lage, in der sich die Junta befindet, beschrieben. Gemäss diesem Selbstgespräch hat die Diktatur «seiner politischen Isolation ausgesetzt» und weiter «einem internationalen Boykott gegen Waffenlieferungen, feindselige internationalen Organisationen, beschränkten oder geschlossenen Märkten in gewissen Ländern». Das Zirkular hält fest, dass die Beziehungen zu West-

europa (mit Ausnahme von Spanien und der Schweiz) mehr oder weniger gestört sind, wegen der Anschuldigungen betreffend Missachtung der Menschenrechte. Diese mehrheitlich feindselige Haltung ist vor allem dem Druck der wichtigsten Arbeiterparteien und Gewerkschaften auf die Landesregierungen zu verdanken; in Italien hat sich zudem auch eine breite christdemokratische Opposition entwickelt. Zweifellos würde ein europäischer Boykott ohne die massive amerikanische Unterstützung der Junta unabschreibbare Schwierigkeiten bereiten.

In Afrika - «mit Ausnahme von Ägypten und Südafrika» - hat Chile keine Vertretung. In Lateinamerika selbst hat Mexiko die Beziehungen zu Chile aufgekündigt. Kolumbien und Venezuela anerkennen das Militärregime mit «Vorbahalt». Einzig zu Brasilien und Argentinien gibt es gute Beziehungen.

Was die sozialistischen Länder anbelangt, so schlägt der Autor des Zirkulars vor, sollen die Beziehungen zu Peking intensiviert werden, um das Gegengewicht zur Opposition der Sowjetunion zu verstärken.

Die kommunistischen Länder, mit Ausnahme Rumanien, der DDR und Chinas, haben der Junta jegliche Hilfe versagt und die Beziehungen zu Chile abgebrochen. Teilweise unterstützen sie exilierte Widerstandsgruppen.

Im Nahen Osten soll, gemäss Zirkular, der jüdische Rechnung getragen werden, dass Israel heute eine positive Haltung gegenüber Chile einnimmt. Das politische Gewicht und insbesondere die Vormachtstellung der Araber in der Energiewirtschaft werden als bedrohlich empfunden. Der Aussenminister vertritt die Ansicht, dass die Kommunisten der Junta von der finanziellen Unterstützung durch die USA abhängt, beziehungsweise das diesbezügliche Verhältnis aber als «im allgemeinen gut», trotz der negativen Stimmung vor allem des demokratischen Lagers im Kongress.

In dieser Situation, noch verschlimmert durch die schlechte Position des Kupfers im Weltmarkt und durch die weltweite Rezession, erscheint es, trotz äusserst billigen Arbeitskräften, als sehr unwahrscheinlich, dass sich Exportmärkte in genügendem Ausmass öffnen werden, um grosse Kapitalflüsse aus-

dem Ausland in Gang zu setzen, welche die Exporte unterstützen und die Produktion anheizen könnten. So lässt sich heute die Krisenlawine, in die sich die chilenische Wirtschaft mittlerweile verwickelt hat, weder durch inländische Aktivitäten (infolge der Schocktherapie) noch durch die Auslandsnachfrage aufhalten. Die Junta hat also, um die Macht nicht zu verlieren, keine andere Wahl, als den Terror zugunsten der Privilegien jener winzigen Gruppe von Bankiers, Grossunternehmern und Grossgrundbesitzern aufrechtzuerhalten.

Die Wege des Volkswiderstands

Die tragische Verarmung der chilenischen Arbeiter hat der Geheimpolizei erlaubt, ihren Terror und die Angst der Massen zusehends zu verschärfen. Trotzdem ist es zu Streiks gekommen, namentlich in Eisen- und Kupferminen. Sabotageakte und bewaffnete Widerstandsgruppen gehören ins Alltagsbild. Polizisten und Militärs patrouillieren in den Arbeiterquartieren. Vier- oder Fünfergruppen um Aufstände im Keim zu ersticken. In den von allen Seiten her bedrohten Fabriken beginnen selbst die christdemokratischen Gewerkschaften von Pinochets Gnaden die Hungerlöhne in Frage zu stellen und gegen die zahlreichen Entlassungen, die auch ihre eigenen Mitglieder betreffen, zu protestieren. Auch sind diese Gewerkschaften immer weniger bereit, militante Arbeiter zu denunzieren. Noch wichtiger ist aber, dass gleichzeitig die Linke daran ist, im Untergrund tätige Gewerkschaften und Parteizellen in den Fabriken aufzubauen. Der Widerstand wird vor allem von den Kommunisten, den Sozialisten, dem MIR und der MAPU getragen. Wenn es auch in diesen Fragen, vorwiegend allgemein menschenechtlicher Natur, ein gemeinsames Vorgehen gibt, bestehen doch wichtige Meinungsverschiedenheiten unter diesen Trägern der Opposition, vor allem was Taktik und Strategie betrifft: Das MIR strebt eine Widerstandsbewegung an, die in einer geeinigten Arbeiterklasse verankert sein muss, jedoch auch dissidente Christdemokraten anziehen sollte. Leute, die vollständig mit der Junta gebrochen haben und

einem radikalen Reformprogramm zustimmen könnten. Die Kampfformen des MIR sind vielfältig: Das MIR verbindet direkte Massaktionen mit verschiedenen Formen passiven Widerstands (Verlangsamung der Kadenz usw.).

Die KP versucht in ihrer Konzeption des Widerstandskampfes in erster Priorität alle oppositionellen Kräfte zu sammeln und die Aktionen auf die dringlichsten Fragen zu konzentrieren, so dass eine Koalition mit der ganzen Christdemokratischen Partei möglich werden soll, um wieder zu einer parlamentarischen Demokratie, allerdings ohne die Faschisten, zu gelangen. Im Rahmen dieser Strategie verurteilt die KP jede direkte Aktion als «abenteurerisch». Sie hofft, genügend Unterstützung zu finden, um auch den rechten Flügel der Christdemokraten sowie dissidente Generale und Offiziere hinter sich zu bringen.

Die Sozialistische Partei und andere Gruppen schwanken zwischen diesen zwei Positionen. Die Linkssozialisten neigen zur Linie des MIR, die Rechtssozialisten zu jener der KP. Der Widerstand lebt weiter in einem Land, wo sich die sozialen Unterschiede zwangsläufig verschärfen, währenddessen die internationale Isolation zunimmt. Die Spannungen wachsen und entwickeln sich in Richtung Wachablassung, vielleicht früher, als wir glauben, zu einem Volksaufstand.

treffpunkt advertisement with contact information for various services and people.

Eine Dienstleistung des SSR zusammen mit «das konzept»:

Reis mit! advertisement featuring a cartoon character and text about travel services.

gratis kannst du in der Rubrik «Reis mit!» einen Reisepartner oder eine Reisepartnerin suchen.

Large advertisement for travel services including contact information and details about finding travel partners.

FLOHMARKT

Wohngemeinschaften Kauf/Verkauf advertisement for real estate services.

Aufgaben von Kleinanzeigen:

Advertisement listing tasks for classified ads and contact details.

Ihre DISSERTATION druckt zu vernünftigen Preisen

Advertisement for dissertation printing services with contact information.

Sensitivity training

Advertisement for sensitivity training courses and contact details.

«Die organisierte Demontage der chilenischen Kultur» advertisement with contact information.

Advertisement for dissertations and contact information.

SPK: Schweizerische Politische Korrespondenz

Blick in den Nachrichtentrichter

An der Thunerstrasse 32 in Bern hat die unbekannteste und zugleich mächtigste Redaktion praktisch aller kleinen und mittleren Landzeitungen ihren Wohnsitz: die «Schweizerische Politische Korrespondenz» (SPK). Sie beliefert über 200 Blätter mit ihren Artikeln, alle mehr

als die für viele Leser vielleicht bekannteren Agenturen SDA und DDP. Unter dem Deckmantel einer «neutralen» Agentur verbirgt sich bei der SPK ein Public-Relations-Dienst für die private Wirtschaft und für eine wirtschaftsfreundliche Gesellschaftsordnung.

Spenden halten über Wasser

Im Gegensatz zur SDA und zur DDP, den beiden anderen Nachrichtengruppen auf dem Schweizer Markt, lebt die SPK nicht nur von den monatlichen Zahlungen der abonnierten Zeitungen, sondern auch von Spenden. Der Hauptteil dieser Spenden stammt von der Wirtschaftsförderung (die das Geld ihrerseits vom Vorkauf hat), der Rest von anderen Interessierten. Diese Spenden ersetzen uns den Inseratenteil der Zeitungen», erklärte Jäger der «National-Zeitung».

Eine wahre Papierflut – rund 3000 Seiten vierteljährlich – versickert von Bern aus in die verschiedensten Schweizer Regionen und taucht in den diversen Lokalblättern auf. Eine Wochenbilanz der Inlandmeldungen, des Löwenanteils in SPK-Material, ergibt folgendes Bild: «Ein knappes Viertel stammt aus dem staatlichen Bereich, so Verlautbarungen von Verwaltungen, Behörden und aus dem Parlament zu verschiedenen Themenbereichen. Politik heisst also für die SPK in erster Linie offizielle Politik im traditionellen staatsbürgerlichen Verständnis. Rund ein Drittel entfällt auf die «Wirtschaft»: im Fall SPK bedeutet das meist Eigeninformationen von Firmen und Branchen: Der Verband der Textilindustriellen berichtet über die Textilindustrie, die Landwirtschaftslobby äussert sich zur bevorstehenden Kirchenernte. Der Rest kommt aus verschiedenen Bereichen wie Kirche, kulturelle Institutionen und auch Parteien – wenigstens von bürgerlichen, Linksparteien und Gewerkschaften finden den Weg in die SPK-Berichte sehr selten und dann nur höchst offiziell, bei Wahlen, PR-Initiativen und Parlamentsberichten. Im Gegensatz zur SVP, deren Stellungnahmen jeder Art die SPK eifertig verbreitet.

Weisswäscherei

Je mehr man sich in das SPK-Material vertieft, desto klarer zeigt sich, dass die SPK über weite Strecken weniger eine herkömmliche Nachrichtenagentur ist als ein Public-Relations-Dienst (PR) für die private Wirtschaft und eine wirtschaftsfreundliche Gesellschaftsordnung. Gegenüber den eigentlichen PR-Diensten besitzt die SPK einen kaum bezahlbaren Vorteil: Bei ihren Artikeln glauben die Zeitungsredaktionen (und die Zeitungsläser), es den Nachrichtenendienst vor sich zu haben, nicht an Auftrag geschriebene PR-Artikel. So ist der SPK-Dienst denn voll von gefälligen Artikeln über Firmen und Branchen: *Guter Abschluss der Assista AG/AMAG verkaufte mehr Personwagen/Die Jubiläumsspenden der Winterthurer-Versicherungen begehrte Bährle-Publikumskarten/Schweizer Hoteliere hat Zukunf...*

Die SPK sorgt mitunter auch für den Weitertransport von Artikeln, die in anderen Pressediensten bereits erschienen sind, dort jedoch leicht als parteigebunden und interessebestimmt identifiziert werden können. Die SPK ist auch für die meisten hausgemachten PR-Notizen ihren Nachrichtenagenturstempel auf – und schon erscheinen sie als weissgewaschene Zeitungsartikel.

Das *Redressement National* sowie weitere Kampforganisationen der «Bewegten» in der Schweiz (z. B. das *Forum Jugend und Arbeit*, die *Schweizerische Ostinstitute*) werden dabei regelmässig berücksichtigt. Favoriten für die beschriebenen SPK-Umformungen sind allerdings Artikel und Stellungnahmen der Wirtschaftsförderung und von deren Filialen (Radio) und Fernsehspielen, Jugend und Wirtschaft). Nicht zufällig, denn im Gegensatz zu SDA und DDP,



den beiden andern Nachrichtenagenturen auf dem Schweizer Markt, lebt die SPK nicht nur von den monatlichen Zahlungen der abonnierten Zeitungen, sondern auch von Spenden, wobei die Wirtschaftsförderung besonders oft und tief in die Tasche greift. «Diese Spenden ersetzen uns den Inseratenteil der Zeitungen», erklärte SPK-Direktor Jäger der «National-Zeitung». Bei Zeitungen

Unsere Nachrichtenlieferanten

- Das sind die wichtigsten in- und ausländischen Nachrichtenlieferanten, Unternehmen also, die Nachrichten zentral sammeln und diese per Post oder Telex an die einzelnen Zeitungen verschicken. SDA Schweizerische Depeschengenerat DDP Deutscher Depeschendienst SPK Schweizerische politische Korrespondenz Si Sportinformationen EPD Evangelischer Pressedienst Kipa Katholische Internationale Presseagentur FKD Freier Korrespondenzdienst (Schweiz, Ostinstitute) SWP Schweizerische Feuilletendient AP Schweizerische Freie Presseinformation (FDP) LID Landwirtschaftlicher Informationsdienst Gk Gewerkschaftskorrespondenz W Wirtschaftsforndung (Vorort) UPI United Press International AP Associated Press AFP Agence France Presse DPA Deutsche Presseagentur R Reuter

machen die Inserateneinnahmen 50-80% aller Einkünfte aus – je nach Grösse der Zeitung.

SPK-Schreiber findet man auch in einschlägigen Publikationen wieder. In den Zeitschriften der Grossbanken (etwa dem «Monat» des Bankvereins) oder der «Ciba-Geigy-Zeitung» findet die SPK stets einen passenden Aufsatz, der sich für eine zusammenfassende Meldung oder einen Kommentar eignet.

Ein (Leser)volk von Aktionären?

Nichts gegen eine umfassende Berichterstattung über wirtschaftliche Vorgänge, dann aber unter Berücksichtigung der Interessen und Gesichtspunkte der grossen Mehrheit der Zeitungsläser, und das sind Lohnabhängige. Die SPK jedoch schreibt ihre Meldungen über einzelne Firmen oder Branchen so, als ob ihre Leser nur Aktionäre und Manager wären. Sie berichtet von Bilanzen und Dividenden und Zukunftsperspektiven. Dabei meint sie selbstverständlich die Perspektive für die Unternehmer, nicht die der Arbeiter. Man spricht nicht von den konkreten Schwierigkeiten der Arbeitslosen, sondern sehr abstrakt von der Schwierigkeit, die der Arbeitsmarkt zu bewältigen habe.

«Bern, Spk. Entlassungen sind immer mit Härten verbunden. Aber sie können unabweichlich werden, wenn es gilt, den Betrieb auf ein neues, den effektiven

SPK – Wer steckt dahinter?

Der Hauptsitz der SPK befindet sich an der Thunerstrasse 32 in Bern, die Wirtschaftsredaktion an der Usterstrasse 23 in Zürich. SPK-Präsident ist im Moment der FDP-Ständerat Ulrich Luder, der Direktor der «Solothurner Zeitung». Als SPK-Direktor amtierte seit 1958 Josef Jäger, der 1947 zur SPK gestossen war und gerne Direktor der Wirtschaftsförderung geworden wäre. Chefredaktor ist seit dem 1. November 1975 Anton Stadelmann, Major bei Heer und Haus, früher Chefredaktor bei der inzwischen eingegangenen «Neuen Berner Zeitung» (SVP), nachher bei der Zürcher Public-Relations-Agentur Rudolf Farner als Vizeleiter der «Aktion Freiheit und Verantwortung».

Die SPK wurde 1917 als Verein gegründet und hiess damals «Mittelpresse». Anlass war die berühmte Spitteler-Rede über den Graben zwischen Deutschschweiz und Welschland. Die nationale Einigung hatte die SPK von allem Anfang an auf ihre Fahnen geschrieben – besonders stark indessen in den 30er Jahren, als führende «Mittelpresse»-Männer auch im reaktionär-faschistischen «Bund für Volk und Heimat» politisierten. «Die Aufklärung und Zusammenführung geschäftsführender Tendenzkreise zur Abwehr wesensfremder, staats- und wirtschaftsführender Tendenzen» zählte die SPK auch noch 1960 in ihren Statuten auf. Erst 1974 passte sie die Formulierung des Vereinszweckes und der publizistischen Grundhaltung dem gewandelten Sprachgebrauch an. «Die SPK spricht sich zu den in Geschichte und Staatsbewusstsein wurzelnden geist-sittlichen Grundlagen der Schweiz und damit zum freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat und seiner föderalistischen Struktur.»

- «Von unserem SPK-Korrespondenten in...» Josef Jäger: SPK-Direktor Dr. F. W. Schlomann: Österreich, Jugoslawien, UdSSR Hans Kanitz: Kirche Jacques Baumgartner: Portugal Ham Mass: Nahost Dr. O. K. Arto: Grossbritannien Paul Keller: OECD, KSZE Franz Züst: Uganda, Nato, Palästina, KSZE Julius Dresner: Italien Thomas Immoos: Indochina Kurt Felix: DDR, Tschechoslowakei Alphonse Max: Lateinamerika Rolf Sgrist: Bundeshaus Margaduke Rowe: Afrika (Südafrika, Angola usw.)

rund 80, deren einzige Informationsquelle die billige SPK ist) haben kaum eine andere Wahl, als die historisch-politischen Betrachtungen und Ereignisse der grossen SPK unverändert an die Leser weiterzuverbreiten. Nun müssen sie ja nicht jedem vor Augen führen, dass ihre Produkte alle in der gleichen Küche gewürzt wurden. So erscheinen denn lange nicht alle Berichte unter dem Firmenschild «SPK». Oft sind sie nur mit dem Namen des betreffenden SPK-Redaktors unterzeichnet, und zwar in vielen Variationen. Thomas Immoos, Th. I., etwa meldet sich in den Kleinstzeitungen als «unser Korrespondent» aus dem Fernen Osten, und der Leser kann stolz sein auf sein Regionalblättchen mit dem «eigenen» Berichtersteller, der die übrigen (SPK-) Meldungen so überaus sinnvoll ergänzt... Arbeitsgruppe Medienkritik

echo

Keine Geschlechtshaltung, bitte

«Frauen aller Länder...» – das Konzept Nr. 3/76, März 1976 Mit Ernest Bornemann «Das Patriarchat» hat Klara Obermüller eines der wichtigsten neuen Bücher vorgestellt, sympathisierend und klar, aber etwas zu oberflächenglatt. Gerade bei grundsätzlicher Übereinstimmung mit dem Autor sind kritische Anmerkungen nötig. Bornemann erfüllt seinen Vorsatz. «Was Das Patriarchat für die Arbeiterbewegung getan hat, soll Das Patriarchat für die Frauenbewegung liefern: eine historische Perspektive, eine wissenschaftliche Orientierung, eine Waffe im täglichen Kampf» leider nicht ganz. Immer wieder unterlaufen ihm Schmitzer, mit denen er dann in Widerspruch zu seiner eigenen Ansicht gerät, dass es im Kampf um die Befreiung der Frau zugleich um die Befreiung beider Geschlechter von Ausbeutung und Unterdrückung geht. Anhand einer beeindruckenden Materialfülle wird nicht ganz gerade auf, in welchem wirtschaftlichen Bedingungsrahmen aufgrund der Umweltveränderungen (Klimawechsel Eiszeit/Warmzeit etwa) sich mit dem Wechsel Jagd/Viehzucht/Sammler/Ackerbau auch der sexuell- und juristisch-gesellschaftliche Überbau gewandelt hat. Dieser evolutionäre Wechsel wird, unter sonst friedlichen Gesellschaft zum Patriarchat (inkl. seiner Kriege) war eine historische Notwendigkeit, ebenso wie die Entwicklung Feudalismus-Kapitalismus.

Iwan der Schreckliche

Die SPK versteht sich zwar als Nachrichtenagentur, die alle Länder, die für die Schweiz politisch und wirtschaftlich von besonderer Bedeutung sind, publizistisch erfasst. Überblickt man aber den aussenpolitischen Output der SPK-Agentur, so stellt man bald einmal einige geographische und thematische Schwerpunkte fest, die handfeste Interessen vermuten lassen: Vor allem interessieren die SPK nämlich diejenigen Länder, welche im Begriff sind, sich aus dem Revolutionssturm der kommunistischen Länder, in denen auf dem Boden sozialer Ungerechtigkeit politische Bewegungen entstehen. In all diesen Fällen wissen aber SPK-Korrespondenten meist nur eines mit Bestimmtheit: Überall hat Moskau die Finger im Spiel.

Man sieht an den fernem Ländern der dritten Welt, auch hier und heute ist Moskau präsent: «Kommunistische Regierungen (haben) die Hand mit im Spiel des internationalen Terrorismus.» Gegen diese drohende Gefahr aus dem Osten muss das Bürgertum ideologisch und militärisch aufrüstet. So schlägt denn die SPK überall auf die Pauke und wirft alles in denselben Topf, wo immer sie Gelegenheit findet. Sie weiss mit Schauermärchen aus dem Osten von einem «Expertenbericht einer Kommission für atheistische Propaganda», dann wieder legen irgendwelche Umstände dem SPK-Redaktor die Vermutung nahe, dass...

Bei einer Schwangerschaft

geht es immer um Leben; aber nicht nur um das vielbeschworene ungeborene, es geht zuallererst um das Leben der betroffenen Frau. «Das Konzept» hat zusammen mit «intra» Zürich sein Merkblatt für Frauen, die Information betreffend Empfängnisverhütung und Schwangerschaft brauchen, erweitert und die Adressen auf den neuesten Stand gebracht. Schriftliche Anfragen für Pillenlisten und auch in aussichtsloseren Fällen sind zu richten an: «das Konzept», Rämistrasse 66, 8001 Zürich, frankiertes und adressiertes Couvert bitte nicht vergessen!

das Konzept Tip

In dieser Spalte stellt die Redaktion lesenswerte Publikationen ausserhalb der kommerziellen Produktion vor.

Geschichte der Schweiz

Robert Grimm, der 1881 geborene Arbeiter-Gewerkschafter (während 44 Jahren Nationalrat und Vorkämpfer der Arbeiterklasse), hat seine Gelangenschaft wegen seiner Organisationsarbeit zum 1918er Landstreik gut genutzt und eine Geschichte der Schweiz geschrieben; eine andere allerdings als die, welche in den grossen und schönen Helden-Geschichtsbüchern geschrieben wird: Eine Geschichte der schweizerischen Klassenkämpfe. Dem Limmat-Verlag Zürich ist es zu danken, dass dieses 1920 erstmals erschienene Buch wieder einer breiten Leserschaft zugänglich ist (Postfach 634, 8034 Zürich, 19 Fr.).



... Man könnte auch sagen: die Freiheit, die sie nicht meinen! Sie – damit sind die Behörden in unserem Land gemeint. Und mit der Freiheit ist gemeint das Mass an kritischem Bewusstsein, das bei einem Lehrer tragbar ist. Darüber berichtet das «Weissbuch über die Repression gegen Lehrer in der Schweiz».

So stellt die Gewerkschaft Kultur, Erziehung und Wissenschaft (GKEW) ihre neue Broschüre vor. «Die Freiheit, die sie meinen» ist die aktuelle Ergänzung zum bereits erschienenen «Weissbuch über die Repression gegen Lehrer in der Schweiz». Beide Broschüren können für 8 Fr. bzw. 5 Fr. bezogen werden bei GKEW, Fachgruppe Erziehung, Postfach 202, 3000 Bern 8.

Nicht vergessen: Dazu gehört der «konzept»-Report über Lehrerentlassungen in der Schweiz «staatstreu, loyal und vaterländisch» aus der Aprilnummer des «konzept». Nebst Material aus der GKEW-Broschüre hat die Redaktion mit vielen Zusatzrecherchen die Situation in Schweizer Schulen nachgezeichnet. Ein Muss für politisch interessierte! Einzelnummern bei Redaktion «das Konzept», Rämistrasse 66, 8001 Zürich (1.50 Fr. in Briefmarken).

«Cultrun»

In der neuesten Nummer (5) der Lateinamerika-Zeitschrift «Cultrun» ist ein Kapitel aus dem neuesten Buch des amerikanischen Professors J. Peres über das chilenische Wirtschaftssystem abgedruckt (vgl. seinen Artikel in dieser Nummer von «das Konzept»). Neben weiterem findet sich darin eine Analyse Kubas, 17 Jahre nach der Revolution. Zu beziehen bei: F. Guggenheim, Regimstr. 29, 8038 Zürich.

Was wir Frauen wissen müssen...

«Wir haben die Erfahrung gemacht, dass viele von uns Frauen schlaft und flüchtig über unsern Körper, über Verhütung, über Krankheiten usw. informiert wurden und werden.» Dies sagen die Frauen der Gruppe INFRA der FBB Bern nach gut einjähriger Arbeit in ihrer Kontakt-



und Informationsstelle; und sie haben bereits ihre Konsequenzen gezogen: In Anlehnung an aus der BRD bekannte Aufklärungsschriften der deutschen Frauenbewegung werden versuchen sie, eine leicht verständliche, gleichzeitig nicht allzu umfangreiche illustrierte Broschüre zusammenzustellen. Dies mit dem Ziel, möglichst vielen Frauen die Kenntnisse zu vermitteln, welche Grundlage und Voraussetzung zur Selbstbestimmung über ihr eigenes Leben sind.

Das Aufklärungshandbuch der FBB informiert über die Probleme, die bei den Informationsstellen erfahrungsgemäss am häufigsten auftauchen: • Wie verhalten wir uns beim Frauenarzt? Wie geht eine gründliche gynäkologische Untersuchung vor sich? • Welche Verhütungsmittel sind empfehlenswert? Welche Nebenwirkungen haben die verschiedenen Methoden der Empfängnisverhütung? • Wie wird eine Schwangerschaft frühzeitig erfasst? Wohin muss sich eine Frau wenden, wenn sie zu einem legalen Schwangerschaftsabbruch kommen will? Wie wird eine Schwangerschaft abgebrochen? • Ein kurzes Kapitel über die Frühsymptome der häufigsten Geschlechtskrankheiten. Das Aufklärungshandbuch ist ein Mittel zur Selbsthilfe. Es ist zu beziehen bei: INFRA, Postfach 1471, 3001 Bern (für 2.50 Fr.).



Der Tages-Anzeiger lässt Sie mit Ihren Büchern nicht allein.

TAGES ANZEIGER MAGAZIN

Tages-Anzeiger Magazin
 Therapeutische schweizerische Tageszeitung

Verstehen Sie uns recht: Wir haben nichts gegen Bücher. Einige Mitarbeiter des Tages-Anzeigers schreiben ja selber welche. Bichsel, Loetscher, Federspiel und wie sie alle heissen. Wir meinen nur, eine gute Tages-Zeitung braucht man, um jenen Teil der Welt, der noch nicht zu Büchern geworden ist, besser zu verstehen: die Gegenwart.

Und darüber berichtet der Tages-Anzeiger ziemlich umfassend. Da hat die Politik ihre Seiten, und das Lokalgeschehen, die Wirtschaft, der Sport, die Kultur haben die ihren. Ein Magazin am Wochenende nimmt frisch und unvoreingenommen zu Fragen der Zeit Stellung. Und was in Zürich los ist, erfahren Sie selbstverständlich auch.

Unsere Zeitung gehört keiner bestimmten politischen Richtung an – das möchten wir Ihnen ebenfalls sagen. Und das hat den Vorteil, dass darin alle Richtungen zu Wort kommen und man Gegner und Freunde genau kennenlernt.

Zum Schluss müssen Sie noch wissen, dass es bei uns den Studentenrabatt immer noch gibt: 30%. Und es wird ihn geben, solange Sie immatrikuliert sind.

Coupon

Ich möchte gerne eine Zeitung kennenlernen, die mir nach wie vor einen Studentenrabatt von 30% gewährt.

Schicken Sie mir bitte den Tages-Anzeiger 2 Wochen lang gratis.

Ich möchte den Tages-Anzeiger abonnieren. (Die ersten 2 Wochen sind gratis.)

Ich wünsche folgende Zahlungsart:

- monatlich Fr. 6.45
 vierteljährlich Fr. 18.55
 halbjährlich Fr. 36.75
 jährlich Fr. 72.80

Name: _____

Strasse: _____

PLZ, Ort: _____

Bitte ausschneiden und senden an:
 Tages-Anzeiger, Vertriebsabteilung
 Postfach, 8021 Zürich